43. Sitzung

am Dienstag, dem 11. Juli 2000, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	2903	– Erste Lesung –
Geburtstagswünsche für Staatssekretär Regensburger und Abg. Dr. Kempfler	2903	Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Glückwünsche für Abg. Franz Maget zu dessen Wahl als künftiger Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion	2903	zur Stärkung der kommunalen Demokratie III: Bildung und Besetzung kommunaler Ausschüsse (Drs. 14/3786)
Landtagsmandat für Dieter Appelt als Nachfolger von Dr. Albert Schmid (Regensburg)	2903	– Erste Lesung –
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN		Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
„Bayern braucht Einwanderung: Eine Blue Card macht noch kein weltoffenes Bayern“		zur Stärkung der kommunalen Demokratie IV: Repräsentation in den Zweckverbänden (Drs. 14/3787)
Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2903	– Erste Lesung –
Herrmann (CSU)	2905	Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frau Renate Schmidt (SPD)	2907	zur Stärkung der kommunalen Demokratie V: Transparenz und Kontrolle von kommunalen Wirtschaftsunternehmen (Drs. 14/3788)
Staatsminister Dr. Beckstein	2908	– Erste Lesung –
Dr. Rabenstein (SPD)	2911	Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Welnhofer (CSU)	2912	zur Stärkung der kommunalen Demokratie VI: Änderung des Sparkassengesetzes (Drs. 14/3789)
Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2912	– Erste Lesung –
König (CSU)	2913	Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frau Hirschmann (SPD)	2914	zur Stärkung der kommunalen Demokratie VII: Informationsrechte der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte (Drs. 14/3784)
Kreuzer (CSU)	2914	– Erste Lesung –
Dr. Scholz (SPD)	2916	Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dinglreiter (CSU)	2916	zur Stärkung der kommunalen Demokratie VIII: Geschäftsgang der vorberatenden Ausschüsse (Drs. 14/3785)
Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		– Erste Lesung –
zur Stärkung der kommunalen Demokratie I: Informationsrechte der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte (Drs. 14/3784)		Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
– Erste Lesung –		zur Stärkung der kommunalen Demokratie VI: Änderung des Sparkassengesetzes (Drs. 14/3789)
Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		– Erste Lesung –
zur Stärkung der kommunalen Demokratie II: Geschäftsgang der vorberatenden Ausschüsse (Drs. 14/3785)		Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
		zur Stärkung der kommunalen Demokratie IX:

Einführung der Einwohnerversammlung (Drs. 14/3792)

– Erste Lesung –

Gesetzentwurf der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)zur **Stärkung der kommunalen Demokratie X:****Stärkung der Rechte der städtischen Bezirksausschüsse** (Drs. 14/3793)

Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2918, 2920
Haedke (CSU)	2920
Volkmann (SPD)	2921
Heike (CSU)	2922

Verweisung in den Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	2923
--	------

Antrag der Staatsregierung**Vertrag vom 3. Juni 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechi-****schen Republik über das Grenzkundenwerk der gemeinsamen Staatsgrenze** (Drs. 14/3953)

– Erste Lesung –

Verweisung in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten	2923
---	------

Anträge, die gem. § 63 Abs. 6 der Geschäftsordnung **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anlage)

Beschluss	2924, 2925
-----------	------------

Antrag der Abg. Glück, Herrmann, Weinhofer u. a. u. Frakt. (CSU), Renate Schmidt, Dr. Ritzer, Dr. Hahnzog u.a. u. Frakt. (SPD)zur **Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag** (Drs. 14/3880)

Beschlussempfehlung des Rechts- und Verfassungsausschusses (Drs. 14/3998)	
---	--

Beschluss	2924
-----------	------

Schluss der Sitzung	2924
---------------------	------

(Beginn: 15.04 Uhr)

Präsident Böhm: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 43. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahme-genehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei Glückwünsche aussprechen. Am 9. Juli konnte Herr Staatssekretär Hermann Regensburger einen runden Geburtstag begehen. Und heute feiert der Alterspräsident der 14. Legislaturperiode, Herr Kollege Dr. Herbert Kempfler, Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gratuliere den Genannten im Namen des Hohen Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und viel Erfolg bei der Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben.

Meine Damen und Herren, aus aktuellem Anlass möchte ich noch einen weiteren Glückwunsch aussprechen. Die Fraktion der SPD hat heute Mittag Herrn Kollegen Franz Maget mit sehr breiter Mehrheit zu ihrem künftigen Vorsitzenden gewählt. Er wird sein neues Amt am 20. September von Frau Kollegin Renate Schmidt übernehmen.

Ich darf Ihnen, Herr Kollege Maget, zu Ihrer Wahl im Namen des Hohen Hauses herzlich gratulieren und Ihnen alles Gute wünschen.

(Allgemeiner Beifall – Frau Abgeordnete Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) überreicht dem künftigen Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Abgeordneten Maget, und der amtierenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Frau Abgeordneter Renate Schmidt, je einen Blumenstrauß)

Meine Damen und Herren, der Landeswahlleiter hat mir mitgeteilt, dass sich Herr Dieter Appelt als Nachfolger von Herrn Dr. Albert Schmid nach Artikel 48 des Landeswahlgesetzes am 1. Juli 2000 die Rechtsstellung eines Mitglieds des Bayerischen Landtags erworben hat. Mit anderen Worten: Herr Appelt ist neues Mitglied unseres Parlaments. Ich begrüße Herrn Kollegen Dieter Appelt sehr herzlich in diesem Hohen Haus und wünsche ihm Gottes Segen, Kraft und gutes Gelingen bei der Ausübung seines Mandats.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung war die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema „Bayern

braucht Einwanderung – Eine Blue Card macht noch kein weltoffenes Bayern“.

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner zehn Minuten sprechen. Dies wird auf die Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amts das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort allerdings für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zeit der Aussprache zu sprechen. Ich bitte Sie, auf mein Signal zu achten.

Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Dürr. Er nimmt die zehn Minuten in Anspruch.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Bayerische Ministerpräsident hat gestern in Hannover gefordert, Deutschland sollte sich als weltoffenes, tolerantes Land präsentieren. Da können wir nur sagen: An uns soll es nicht scheitern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Aber Sie, meine Damen und Herren von der CSU, haben, so fürchte ich, einen weiten Weg vor sich.

Bayern braucht Einwanderung. In der Praxis gibt dies die Staatsregierung mit der Blue Card inzwischen zu. Wir müssen uns Menschen aus dem Ausland zu Hilfe holen. Allein werden wir mit unseren Aufgaben und Problemen nicht mehr fertig.

Auf einmal sagt die Staatsregierung, dass eine politisch verantwortete, maßvolle Zuwanderung aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gründen sinnvoll sowie aus humanitären Gründen unabweisbar sein kann. Also müssen wir uns eigentlich nur noch darüber unterhalten, wie viel Zuwanderung politisch verantwortet werden kann. Das heißt, wir müssten über das Einwanderungsgesetz sprechen.

Aber an dieser Stelle bekommt die Staatsregierung plötzlich Angst vor der eigenen Courage. Denn gleichzeitig will sie an ihrer bisherigen Politik der Abschottung festhalten. Sie tut so, als wären Menschen aus anderen Ländern gefährlich, als müsste der Kontakt mit ihnen auf das Notwendigste beschränkt bleiben, damit unsere bayerische Leitkultur von den Einwanderern nicht befleckt oder verunreinigt wird.

Glauben Sie wirklich, dass Sie mit dieser Abwehrhaltung weltweit um die besten Köpfe werben können?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würden Sie dorthin gehen wollen, wo Sie merken, dass man Sie eigentlich gar nicht haben will, dass man Sie nur ausnutzen will?

Über die Anhörung des Hochschulausschusses zur Lage der Forschung schrieb die „SZ“: „Wissenschaftler kritisieren ausländerfeindliches Klima.“ Es wurden im Ausschuss reihenweise Horrorgeschichten angeboten, Geschichten, wie bürokratisch und abweisend die Behörden mit ausländischen Gastwissenschaftlern umgehen.

Dieses Land

– hieß es –

ist nicht dafür bekannt, dass es Ausländer freundlich aufnimmt.

Dieses Land ist das Bayern, wie Sie es geprägt haben.

(Glück (CSU): So ein Krampf!)

Wenn wir im Wettbewerb um die besten Köpfe aus anderen Ländern mithalten wollen, dann müssen Sie endlich aufhören, Einwanderer abzuschrecken und Stimmung gegen Ausländer zu machen, die uns angeblich ausnutzen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht nur um die besten Köpfe, es fehlen auch jede Menge eifriger Hände: Es fehlen Spargelstecher, es fehlt Personal für die Gurkenflieger, es fehlen Pflegekräfte und Facharbeiter. Die rumänischen Krankenschwestern, die zurück müssen, obwohl sie in der Herzchirurgie dringend gebraucht werden, sind ein besonders absurdes Beispiel. Kaum sind sie eingearbeitet, schickt man sie wieder heim. Ich glaube kaum, dass Sie, wenn Sie einmal operiert werden sollten, in einer solchen Lage froh wären, dass das Ausländerrecht in Bayern besonders genau ausgelegt wird.

Wir brauchen Hilfe von außen, und wir haben immer Hilfe gebraucht. Ohne die starke Zuwanderung der letzten Jahrzehnte würden weder unsere Wirtschaft noch unsere Gesellschaft, unser Gemeinwesen funktionieren. Selbst unsere Esskultur sähe völlig anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssten dann immer Schweinebraten essen, und richtiges Gemüse gäbe es in Bayern auch nicht, nur verkochtes.

Dieser Wirklichkeit müssen Sie sich endlich stellen. Ihre Gesellschafts- und Kulturpolitik ist in diesem Punkt absolut weltfremd. Wer Arbeitskräfte holt, wird immer Menschen holen. Das Zauberwort der Ausländerpolitik muss Integration heißen, verlangt der Berliner Innensenator Werthebach.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt die Sprachprüfung schwieriger zu machen, wie es jetzt vorgesehen ist, sollten Sie lieber verpflichtende Sprachkurse und Gemeinschaftskunde anbieten, wie es in Holland gemacht wird. Sie sagen immer, dass wir die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überfordern

dürfen. Aber diese Fähigkeit ist nicht naturgegeben; sie ist abhängig von der Politik. Gerade mit Ihren Sprüchen von der Überforderung verringern Sie diese Integrationsfähigkeit drastisch.

Herr Beckstein, Sie nennen als Beispiel für Überforderung Hauptschulen, in denen über 50% der Schüler keinen deutschen Pass haben.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann man ändern!)

Das ist aber kein Zeichen unserer Überforderung. Das ist ein Armutszeugnis für die Integrationspolitik der Staatsregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Armutszeugnis für die Schulpolitik, für die Vernachlässigung der Hauptschulen, da in den Städten alles, was laufen kann, auf weiterführende Schulen will und weil Bildungs- und Ausbildungsquoten der Kinder von Eingewanderten in Bayern erbärmlich niedrig sind. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Weltoffenheit. Wir brauchen ausländische Spitzenkräfte nicht nur in der Computerindustrie. Wir brauchen sie in allen Branchen und in der Wissenschaft. Zuwanderung ist eine wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Booms in den USA. 80% der Firmen im Silicon Valley werden von Ausländern gegründet. So etwas verhindert Ihre Blue Card. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weltweit agierender Konzerne brauchen interkulturelle Kompetenz. Diese interkulturelle Kompetenz könnten die Bayern schon im Kindergarten lernen, wenn Sie dafür sorgen würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Entwicklung unserer Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten spricht für Zuwanderung. Minister Beckstein hat dies letzte Woche noch abgelehnt. Inzwischen hat Ministerpräsident Stoiber erklärt, dass wir Zuwanderung qualifizierter Menschen brauchen, damit wir unsere Leistungsfähigkeit aufrecht erhalten können. Wer spricht denn jetzt für die CSU? Beckstein oder Stoiber? Für wen spricht jetzt Beckstein? Unsere Probleme werden wir nur lösen können, wenn die Menschen, die wir holen, auch dauerhaft bei uns bleiben können und wenn Sie endlich akzeptieren, dass alle Menschen, die dauerhaft in Bayern wohnen, auch Bayern sind.

Deswegen begrüßen wir es, dass Sie nunmehr mit Ihrer Blue Card vorsichtig anfangen, sich der Wirklichkeit zu stellen. Das ist für uns eine wirtschaftspolitische Kehrtwendung. Jetzt sollten Sie versuchen, auch Ihre Gesellschafts- und Kulturpolitik auf die Höhe unserer Zeit zu bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem müssen Sie damit aufhören, Bayern und der bayerischen Bevölkerung zu schaden. Sie schaden ihr,

indem Sie die nötige Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft behindern. Ihre bisherige Gesellschaftspolitik ist ein Standortrisiko. Sie gefährden den sozialen Frieden in unserem Land.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie schaffen in der Ausländerfrage ein Zwei-Klassen-System. Sie teilen in gute und schlechte Ausländer, in nützliche und unnütze. Aber woher soll der Skin wissen, wenn er auf der Straße einem Ausländer begegnet, ob er ein nach Ihrer Auffassung nützlicher Wissenschaftler oder ein unnützer Inder ist? Gleichzeitig schieben Sie immer wieder Menschen nach Hause ab, die uns nach Ihrer Vorstellung nützen könnten und die in diese Gesellschaft längst integriert sind – von der rumänischen OP-Schwester bis zum ungarischen Facharbeiter. Aus ideologischer Verbohrtheit richten Sie wirtschaftlichen Schaden an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie spalten die Gesellschaft, indem Sie die Integration der Eingewanderten behindern.

(Sinner (CSU): Wer profitiert denn von der Green Card?)

– Wir sprechen jetzt über Ihre Sünden.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie grenzen Millionen von Menschen immer wieder neu aus, indem Sie immer wieder so tun, als hätten Ausländer kein Recht, hier zu leben. Das ist ein Problem. Dies fällt auf die Ausländer zurück. Wenn Sie gegen einzelne Ausländer immer wieder betont Propaganda machen, dann fällt dies auf alle zurück. Alle, die sich als Ausländer betrachten müssen, können sich dann in diesem Lande nicht wohl fühlen. Dafür sind auch Sie verantwortlich.

Sie spalten die Gesellschaft, indem Sie Bayern teilen. Sie teilen die Einwohner Bayerns, und zwar in diejenigen, die an die Chancen der Internationalisierung glauben und hoffen, von ihr profitieren zu können und von ihr wahrscheinlich auch profitieren, und in diejenigen, die vor der Globalisierung Angst haben. Sie schüren eine Art Klassenkampf. Die Spitze und die Mitte in der Wirtschaft und in der Gesellschaft ist international orientiert; den Leuten unten aber, denen machen Sie weiter Angst. Sie drängen sie mit Ihrer Politik in Ausländerfeindlichkeit. Dabei arbeiten Sie an höchst gefährlichem Sprengstoff. Diesen Sprengsatz, denke ich, wird auf Dauer auch Ihre eigene Partei nicht aushalten. Wenn Sie mit Ihrer Propaganda der Abschottung nicht aufhören, dann werden Sie bald nur noch für den rechten Rand Politik machen, dann wird Ihr Wählersegment verdammt schmal werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der weltoffene Mittelstand will heute schon nichts mehr von Ihrer Gesellschaftspolitik wissen. Er geniert sich, wenn er hört, welche Töne Sie spucken.

(Zuruf von der CSU: Warum haben wir 57%?)

– Ihr könnt auch etwas von uns lernen; das schadet doch nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb appelliere ich an Sie im Interesse Bayerns, der bayerischen Bevölkerung, aber, ich denke, auch in Ihrem eigenen Interesse: Arbeiten Sie mit uns für ein weltoffenes Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Als Nächster hat Herr Kollege Herrmann das Wort. Es wird auch ein Zehn-Minuten-Beitrag.

Herrmann (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Dürr, an einem weltoffenen Bayern hat die CSU schon gearbeitet, als es die GRÜNEN noch gar nicht gab.

(Beifall bei der CSU – Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie alt sind Sie denn?)

Wenn man Ihnen so zuhört, Herr Kollege Dürr, hat man den Eindruck, dass Sie auf einem anderen Stern leben, jedenfalls nicht die tägliche Lebensrealität in Bayern wahrnehmen. Dies können Sie schon an einer simplen Zahl feststellen: In keinem anderen Bundesland, Herr Kollege Dürr, arbeiten so viele ausländische Hightech-Experten wie in Bayern. Das hat seinen guten Grund: Sie fühlen sich hier wohl, haben einen guten Arbeitsplatz und sind auch herzlich willkommen.

Bayern ist weltoffen, gastlich und braucht in dieser Hinsicht von Ihnen sicherlich keinen Nachhilfeunterricht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bayern nicht, aber ihr braucht den!)

Meine Damen und Herren, Bayerns Wirtschaft, Bayerns Industrie, Bayerns Forschung sind Spitze, nicht nur national, sondern europaweit und zum Teil sogar weltweit. Deshalb können wir in der Tat auch Spitzenleute aus der ganzen Welt gut brauchen – ich betone: Spitzenleute aus der ganzen Welt. Was wir nicht brauchen,

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Pflegekräfte!)

– was wir nicht brauchen, Frau Kollegin Paulig –, ist die rot-grüne Green Card, und was wir nicht wollen, ist massenhafte Zuwanderung, die die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern würde.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie sagen, Herr Kollege Dürr: „Bayern braucht Zuwanderung.“ Ich glaube, es ist sinnvoll, wenn man sich bei solchen Diskussionen nicht nur im gegenseitigen Schlagabtausch ergeht, sondern sich auch einmal die konkreten Zahlen anschaut. Wie sehen diese denn im Moment

aus? 1999 kamen aus dem Ausland 144 000 Personen nach Bayern, gleichzeitig zogen 127 000 Personen weg, bleibt eine Nettozuwanderung von 17 000 aus dem Ausland. Gleichzeitig sind aus dem übrigen Bundesgebiet 139 000 Personen nach Bayern zugezogen, 91 000 sind weggezogen, bleibt eine Nettozuwanderung aus dem übrigen Bundesgebiet von 48 000 Personen.

Ich meine, an den Zahlen wird zunächst einmal deutlich, dass wir eine unheimlich hohe Fluktuation haben, dass ständig Menschen neu in unser Land kommen, dass andere es auch wieder verlassen. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang. Davon, dass sozusagen die Schotten dicht wären oder uns niemand willkommen wäre, kann jedenfalls keine Rede sein.

Nur, meine Damen und Herren, wir müssen natürlich auch sehen, dass der Zuzug von Ausländern, also von außerhalb des Bundesgebietes, nach Bayern oder nach Deutschland von der Integrationsfähigkeit unseres Landes her einfach Grenzen haben muss.

Nun muss ich allerdings auch sagen: Bayern ist das Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum und der niedrigsten Arbeitslosenquote. Gleichzeitig haben wir, wie ich gerade aufgezeigt habe, die höchste Binnenzuwanderung innerhalb Deutschlands, das heißt, Menschen aus anderen Bundesländern ziehen nach Bayern, um hier zu arbeiten und zu leben. Auch sie haben offenbar, Herr Kollege Dürr, eine andere, eine bessere Vorstellung von Bayern, als Sie sie regelmäßig hier verbreiten.

Einen weiteren Gesichtspunkt will ich ansprechen, meine Damen und Herren. Alle Rentenmodelle, über die zur Zeit in Berlin diskutiert wird, gehen von einer durchschnittlichen Nettozuwanderung nach Deutschland aus dem Ausland von etwa 100 000 Personen pro Jahr über die nächsten 10, 20, 30, 40 Jahre aus – ein Durchschnittswert, aber immerhin eine klare Größe. Der Anteil Bayerns daran würde durchaus den 17 000 entsprechen, plus/minus, wie wir sie im vergangenen Jahr tatsächlich hatten.

Nun sagen Sie, Herr Kollege Dürr: „Bayern braucht Zuwanderung.“ Was soll denn das heißen? Ich fordere Sie auf, da etwas konkreter zu werden. Sind Ihnen die 100 000, die für die nächsten Jahre prognostiziert werden und die jetzt schon der durchschnittliche Level sind, von dem man ausgeht, sind Ihnen diese 100 000 Nettozuwanderung pro Jahr zu wenig? Wollen Sie 200 000? Wollen Sie 500 000? Es nützt doch nichts, bei einer solchen Aktuellen Stunde, die Sie selbst beantragt haben, nur politische Lyrik zu verbreiten und zu der Frage: Wie viel mehr Zuwanderung wollen wir denn? im Endeffekt jede konkrete Aussage schuldig zu bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, meine Damen und Herren, wir sind mit der Blue Card in Bayern jetzt jedenfalls auf einem guten und pragmatischen Weg, was die spezielle Frage des Bedarfs an Spitzenkräften in der Hightech-Industrie betrifft. Blue Card bedeutet, dass ausländischen Computerspezialisten, die von der Arbeitsverwaltung eine

Arbeitserlaubnis erhalten haben, rasch auch eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, und zwar ohne weitere Prüfung eines öffentlichen Interesses. Das heißt, die Arbeitserlaubnis eines Ausländers ist an einen Arbeitsvertrag mit einer Firma geknüpft, und das heißt natürlich auch, Blue Card bedeutet, dass auch die Aufenthaltserlaubnis für die Dauer des Arbeitsvertrages gilt. Wer dieses Arbeitsverhältnis auflöst, wer arbeitslos wird, der muss dann auch wieder ausreisen, bevor er unserer Sozialkasse zur Last fällt.

Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren von der Opposition: Genauso ist es in den USA. Ich habe mich darüber im April bei einer Reise in die USA intensiv informiert. Egal, ob ein deutsches Unternehmen wie Siemens oder Bosch einen Ingenieur für drei Jahre in ein Werk in die USA schickt oder ob sich Microsoft einen indischen Ingenieur in die USA holt, beide Ingenieure erhalten zunächst einmal Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse der US-Behörden, die streng an den jeweiligen konkreten Arbeitsplatz der Firma, die dies beantragt, gebunden sind. Sobald dieses Arbeitsverhältnis erlischt, muss der Betreffende aus den USA wieder ausreisen, wenn er nicht sofort einen anderen Arbeitsplatz gewinnt.

Eine Green Card, wie sie seit ein paar Monaten bei uns in aller Munde ist, erhält man in den USA in der Regel erst nach zwei bis fünf Jahren. Erst wenn man die Arbeitsfähigkeit und den Leistungswillen über Jahre hinweg unter Beweis gestellt hat, erteilen die USA eine solche Green Card, die dann zum längerfristigen Aufenthalt in den USA ohne Bindung an einen konkreten Arbeitsplatz berechtigt. Das ist die Situation in den USA, und deshalb ist es eine Mogelpackung, den Begriff der Green Card auf das völlig unausgelegene Konzept der rot-grünen Bundesregierung in Berlin zu übertragen.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie ist es bei der Blue Card?)

Frau Kollegin Köhler, die Schröder-Green-Card mag gut gemeint sein, sie ist aber geradezu typisch für die völlig verfehlte rot-grüne Ausländerpolitik.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn wir haben hier wieder einmal genau die Situation: Wer die Schröder-Green-Card bekommt, kann für fünf Jahre in unserem Land tun und lassen, was er will. Er kann vom ersten Tag an auch irgendetwas völlig anderes machen. Er kann sich möglicherweise sogar, was ich dem indischen Ingenieur natürlich überhaupt nicht unterstellen will, so, wie diese Green Card angelegt ist, fünf Jahre in die soziale Hängematte legen. Und das ist die Fehlkonstruktion an diesem Konzept.

(Beifall bei der CSU – Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie die in Quarantäne schicken? – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einsperren!)

Das würde dann wieder entsprechende Belastungen für die Kommunen mit sich bringen.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das ist vielleicht ein Schmarrn!)

Deswegen wiederhole ich, Frau Kollegin Paulig: Diese Green Card á la Schröder hat mit der Green Card nach US-Vorbild überhaupt nichts zu tun, sie ist eine Mogelpackung, und deshalb hat die Blue Card der Bayerischen Staatsregierung und von Innenminister Dr. Beckstein die volle Unterstützung der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als Nächste hat Frau Kollegin Schmidt das Wort.

Frau Renate Schmidt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Ich habe die Blue Card begrüßt und ich sage es hier nochmals: Ich begrüße, dass Sie von der Bayerischen Staatsregierung endlich Ihre bisherige Realitätsverweigerung aufgegeben haben und auf dem Boden der Tatsachen angekommen sind – ein großer Fortschritt für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der geistige Vater des Slogans „Kinder statt Inder“ – er heißt Edmund Stoiber und nicht Günther Beckstein – hat dank des Green-Card-Anstoßes von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom strikten Nein zum Jein gefunden, um dann den Versuch zu machen, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, um dieses Nein und Ihre politische Isolation in dieser Frage vergessen zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, ich stimme dem Geschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, Herrn Dörfler, uneingeschränkt zu, der gesagt hat: „Wir brauchen beides im Interesse der Wirtschaft.“

Wir brauchen beides, nämlich die Green Card genauso wie die Blue Card.“ Wir fordern Sie daher auf, nicht zu versuchen, das Green-Card-Konzept im Bundesrat zu blockieren, sondern ihm zuzustimmen. Herr Herrmann, alles das, was Sie hier an Kritik geäußert haben, läuft ins Leere. Der Betreffende kann sich nicht in die soziale Hängematte legen.

Natürlich ist der Aufenthalt daran gebunden, dass es eine Arbeitserlaubnis und einen Arbeitsvertrag gibt. Natürlich wollen wir, dass diese Menschen mit ihrer Qualifikation hier bei uns arbeiten. Deshalb holen wir sie doch in einem begrenzten Umfang. Auch die Mitarbeiter mit Blue Card werden eine Arbeitserlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit brauchen. Deshalb ist ein Zusammenwirken von Landes- und Bundesebene unabdingbar.

(Beifall bei der SPD)

Das Green-Card-Konzept hat im Übrigen einen großen Vorteil: Es enthält beides: Einwanderung von Fachkräf-

ten und gleichzeitig die verbindliche Zusicherung von Ausbildung eben dieser Fachkräfte durch die Wirtschaft in unserem Land, und zwar sowohl von jungen neuen Kräften als auch von Arbeitslosen in diesem Bereich.

Eine kleine Anmerkung: Es wäre gut, wenn diesen Anstrengungen von Bundespolitik und Wirtschaft – die Anstrengungen der Wirtschaft waren überfällig, und sie hätten, wenn sie früher stattgefunden hätten, vielleicht beide Lösungen überflüssig gemacht – ebensolche Anstrengungen der Bildungspolitik auf Landesebene folgen würden. Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass mehr Bewerber für ein Informatikstudium an Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern abgelehnt als angenommen werden, und zwar nicht etwa deswegen, weil ihnen die notwendige Qualifikation fehlen würde, sondern aus Platzgründen, weil auch wir in Bayern zuwenig Informatikstudienplätze haben. Diesem Mangel muss abgeholfen werden, wenn wir nicht auf Dauer auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sein wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es für richtig, dass wir über Blue- und Green-Card-Regelungen eine spezifizierte Zahl von Menschen nach Deutschland holen, Menschen, die nicht etwa anderen Arbeitsplätze wegnehmen, sondern ohne die neue Arbeitsplätze hier bei uns gar nicht erst entstehen können. Die begrenzte Zahl und die Voraussetzung der Qualifikation können unter anderem dazu dienen, Ängste in der Bevölkerung abzubauen. Dies ist notwendig, bevor wir ein umfassendes Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen. Deshalb ist es auch richtig, dass die Bundesanstalt für Arbeit sowohl für die Blue Card als auch für die Green Card den Rahmen für die Arbeitserlaubnis setzt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Beweglichkeit der CSU ist mehr als erstaunlich: Vom gebetsmühlenartigen Wiederholen des Slogans „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ bis zum jüngsten Beklagen, dass die Bundesregierung nicht längst – gleichzeitig mit der Green Card – ein umfassendes Zuwanderungsgesetz vorgelegt hat, war der Weg ein sehr, sehr kurzer, frei nach dem fränkischen Motto: „Was interessiert mich mein Gschmarre von gestern.“ Das verstehen Sie, Herr Herrmann.

(Beifall bei der SPD)

Nicht von gestern, sondern von vorgestern waren Ihre Argumente, und deshalb ist es gut, dass Sie sich endlich ein Stück in die richtige Richtung bewegt haben. Für uns von der SPD ist es dabei vollkommen unstrittig, dass es für Zugewanderte einen Anspruch auf aktive Integrationsbemühungen des Staates gibt, aber ebenso eine Verpflichtung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich aktiv an ihrer eigenen Integration zu beteiligen. Deshalb haben wir zum Beispiel keine Kritik an den Tests für in Bayern lebende Ausländer, die die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben wollen, geübt. Wir halten es aber für vollkommen verfehlt, dass Sie diese Tests jetzt verschärfen wollen und es damit selbst für deutsche Staatsbürger schwer machen, sie zu bestehen. Das dient der Integration nicht, sondern verhindert

sie. Wir wollen Integration und nicht das Gegenteil davon.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen von der CSU, wir werden Sie mit Ihrer Blue Card buchstäblich beim Wort nehmen und all die Petitionen, die Sie für angeblich „erledigt“ erklärt haben, noch einmal bearbeiten. Es handelt sich um Petitionen von Arbeitgebern, die händeringend darum gebeten haben, ihre ausländischen Fachkräfte – auch Hightech-Fachkräfte –, die in einem hohen Ausmaß integriert sind, behalten zu dürfen. Jetzt haben Sie die Gelegenheit, Ihre damaligen Fehlentscheidungen zu korrigieren.

Wir brauchen ein nationales, ein europaverträgliches Migrationskonzept mit klaren Anforderungen für Einwanderungswillige, die sich dann nicht mehr länger durch Asylverfahren hindurchlügen oder illegale Wege beschreiten müssen. Wir müssen dieses Migrationskonzept verbinden mit einem verbindlichen Integrationskonzept. In diesem Zusammenhang erinnern wir an unsere zu einem nicht kleinen Teil einstimmig im Bayerischen Landtag verabschiedeten Anträge, von denen nahezu noch nichts umgesetzt ist.

Lassen Sie mich einen letzten wichtigen Punkt nennen, den wir nicht begrüßen, sondern den wir kritisieren, nämlich Ihre immer wieder gestarteten untauglichen Versuche, eine geregelte Zuwanderung aus ökonomischen Interessen – das muss man betonen – mit einer Zuwanderung aus humanitären Gründen zu verknüpfen. Die falsche Verknüpfung von Einwanderung und Asyl können wir nicht zulassen. Dabei machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen von der CSU, wollen Sie wirklich Gesamtquoten für Zuwanderung aus beiden Gründen festlegen und Flüchtlinge aus einer schrecklichen Diktatur, gefolterte Menschen oder Bürgerkriegsflüchtlinge ablehnen, weil in dem betreffenden Jahr zum Beispiel schon mehr als 10 000 Informatiker zu uns gekommen sind? Das geht nicht; das wäre unwürdig; das können wir nicht wollen. Oder wollen Sie umgekehrt dringend benötigte Fachkräfte nicht hereinlassen, weil es in diesem Jahr ein paar Asylbewerber zu viel gibt? Das wäre ein Schildbürgerstreich. Wenn ich das kritisiere, heißt das nicht, dass wir uns einer Diskussion über eine effektive Bekämpfung des auch von uns nicht bestrittenen Asylmissbrauchs, des Schlepper- und Schleuserunwesens verschließen würden.

Wir begrüßen, dass Sie endlich auch die Frage der Ausiedler und insbesondere der Russlanddeutschen auf die Tagesordnung setzen. Vielleicht hören Sie endlich damit auf, auch hier gebetsmühlenhaft zu wiederholen, dass die Türen weit offen stehen, obwohl Sie doch wissen, dass es auch in diesem Bereich eine Unmenge an Missbrauch gibt, den wir abstellen müssen. Wir reichen die Hand dazu, denn das kann selbstverständlich so nicht weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe nicht, welcher Teufel Sie reitet, dass Sie laufend dieses untaugliche Konglomerat aus Zuwanderung und Asyl zur Diskussion stellen. Sie wissen so gut wie wir, dass wir auf europäischer Ebene in absehbarer Zeit einheitliche Regelungen haben werden. Führen wir also die Diskussion dort, wo sie hingehört, nicht immer hier im Landtag als Stimmungsmache gegen Asylbewerber und Ausländer. Das ist auch Ihrer nicht würdig, und es ist vor allem des „C“ in Ihrem Parteinamen nicht würdig.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, wir sind froh darüber, dass wir aufgrund der Tätigkeit der Arbeitsgruppe des Innenministers unter Leitung von Rita Süßmuth und unter stellvertretender Leitung von Hans-Jochen Vogel noch rechtzeitig vor Ende dieser Legislaturperiode verwertbare Erkenntnisse für ein Einwanderungsgesetz in unserem auch ökonomischen Interesse – ich betone das noch einmal – haben werden. Hier wird es Quoten geben müssen. Im Asylrecht aber ist, wie es Klaus J. Bade ausgedrückt hat, nicht eine „Quotierung der Hilfsbereitschaft“ angesagt, sondern es sind Verteilungsquoten zwischen den europäischen Ländern notwendig. Wir fordern Sie auf, diesen Weg – den einzig erfolgversprechenden – mitzugehen und auf Ihrem Weg der zunehmenden Erkenntnis voranzuschreiten. Wir freuen uns darüber.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

Staatsminister Dr. Beckstein (Innenministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich an das anknüpfen, was Frau Kollegin Schmidt zum Schluss gesagt hat. Es wäre gut, wenn wir in Europa eine Quotierung bekämen, aber der zuständige Kommissar, Herr Vitorino, sagt, dass überhaupt kein Weg hinführt, eine Quotenregelung vorzulegen, weil er keine Chance sieht, dass mit Ausnahme von Deutschland irgendein Land zustimmt. Herr Schily sagt, dass er es für eine Illusion hält, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, wir würden über Europa zu einer Lastenquotierung kommen.

Da kann ich nur sagen, sehr verehrte Frau Schmidt: Es hilft uns nichts, wenn Sie bei den Kolleginnen und Kollegen den Eindruck erwecken, es werde eine Quotierung auf europäischer Ebene geben, ihr eigener Bundesinnenminister aber sagt, es führe kein Weg dorthin. Herr Schily hat darauf hingewiesen, dass wir zunächst bei uns eine Lösung herbeiführen müssen, um europafähig zu werden und auf europäischer Ebene eine Quotierung zu erreichen. Sie können doch nicht ernsthaft bestreiten, dass Herr Schily sagt: „Wir brauchen eine einheitliche europäische Regelung, und müssen deswegen auch unser Grundrecht auf Asyl infrage stellen.“ Herr Schily sagt das übrigens in einer sehr viel härteren Formulierung als ich. Denn er geht von 3% anerkannten Asylbe-

werben aus, während ich in meinem Eckpunktepapier mit allem drum und dran, also mit Eheschließung, Erkrankung während der Zeit des Hierseins usw., 15% angesetzt habe. Wir sollten uns nicht in die eigene Tasche lügen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Gut, aber wo ist da der Gegensatz?)

Ich wundere mich immer, dass Sie bestimmte Entwicklungen der Vergangenheit nicht zur Kenntnis genommen haben. Die Notwendigkeit, ein Zuwanderungsgesetz zu schaffen, besteht bereits seit 1993. Ich verhehle nicht, dass es mit der FDP nicht möglich war, zu einheitlichen Kriterien zu kommen, während wir in Bonn an der Regierung waren.

(Maget (SPD): Mit Ihnen ist es nicht gegangen!)

Allerdings ist es in einer Zeit, in der man sich auf über vier Millionen Arbeitslose zubewegt, sehr viel schwieriger als in normalen Zeiten, das Thema Zuwanderung miteinander zu erörtern. Ich wundere mich auch, dass in Ihrem Beitrag, Frau Schmidt, keine Rede davon war, wie wahrhaft mutig es ist, wie die GRÜNEN, bei 3,5 bis 4 Millionen Arbeitslosen eine großflächige Einwanderung zu fordern. Wir machen nicht mit, wenn es heißt: „Wir brauchen frische, willige und billige Arbeitskräfte aus dem Ausland, die Arbeitslosen im Inland sind uns Wurscht!“ Das kann nicht richtig sein,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

auch unter sozialen Aspekten nicht. Deswegen fordere ich uns alle auf – insbesondere Sie, die Sie alle Petitionen aufgreifen wollen – mit Blick auf abgelehnte Asylbewerber, die im Bauwesen, in der Gastronomie und

(Maget (SPD): Als Krankenschwestern, als Pflegekräfte!)

als Krankenschwestern und Pflegekräfte beschäftigt sind, auf den Bundesinnenminister und auf den Bundesarbeitsminister dahin gehend einzuwirken, dass die Möglichkeiten der Arbeitsgenehmigung geändert werden. Die Bundesanstalt für Arbeit sagt allerdings, da führe kein Weg hin. Denn zum Beispiel in Nürnberg gibt es arbeitslose, ausgebildete Krankenschwestern, weshalb dort schon darüber diskutiert wurde, ob das städtische Klinikum diese ausgebildeten Krankenschwestern nicht über den Bedarf hinaus übernehmen könnte. Deshalb können wir in München nicht sagen: „Nein, wir wollen dafür auf jeden Fall Leute aus Drittländern, mit denen keine Verträge bestehen.“

(Maget (SPD): Wir haben mit Kroatien extra Verträge geschaffen, weil wir die Leute brauchen!)

– Sie haben aber keine Verträge mit Bosnien geschaffen.

(Maget (SPD): Wir können nicht mit der ganzen Welt Verträge schließen!)

Wir lassen Ihnen jedenfalls nicht durchgehen, dass Sie in Berlin nichts tun und uns in München anklagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich weiß, dass die GRÜNEN das klare Konzept, das wir vorgestellt haben, bis aufs Blut ärgert. Ich fordere Sie auf, eine Abstimmung mit ihrem Bundestagskollegen Özdemir, der für diese Fragen zuständig ist, herbeizuführen. Er hat im Rahmen der Diskussion am vergangenen Freitagabend im Sender „Phoenix“ meine erste Formulierung gebraucht, wonach wir mehr Leute hereinlassen wollen, die wir brauchen, und weniger, die uns brauchen. Dabei geht es nicht um eine schlichte Erweiterung der Zuwanderung, sondern um ein Umsteuern, damit unser Sozialsystem nicht in derselben Weise von Zuwanderung belastet wird, wie es in den vergangenen zehn bis 15 Jahren der Fall war.

Man kann auch nicht umhin anzuerkennen, dass wir im Vergleich zu der Zeit vor 20 Jahren etwa eine Verdoppelung des Ausländeranteils – wahrscheinlich sogar mehr – bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl derer, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, zu verzeichnen haben. Die Zahl der Ausländer, die von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe leben, ist zirka drei Mal so hoch wie die vergleichbare Zahl von Deutschen, die der Sozialhilfeempfänger sogar vier Mal so hoch. Ich spreche in diesem Zusammenhang nicht von Wirtschaftsflüchtlingen wie Ihr Bundesinnenminister, sondern von Armutswanderung. Wir können nicht einerseits versuchen, weltweit Armutprobleme zu lösen, und andererseits das Niveau der Sozialsysteme für alte und kranke Menschen zurückfahren.

Wir müssen Spielräume für Menschen schaffen, die uns nutzen, und Spielräume für die reduzieren, die uns nur ausnutzen. Die Gesamtzuwanderung wollen wir nicht erhöhen. Deshalb täuschen Sie sich in dem Glauben, wir hätten unsere Koordinaten verändert. Keine Spur. Vor massenhafter Zuwanderung können wir nur warnen. Es geht nicht an, wie die UNO jährlich 500 000 als Minimum und etwa 1,5 Millionen DM als Optimum der Nettozuwanderung zu fordern. Denn damit würden wir Riesenintegrationsprobleme schaffen, die zwangsläufig entstünden, wenn in den Jahren 2010 bis 2012 die ersten deutschen Städte keine deutsche Bevölkerungsmehrheit mehr hätten.

Ich freue mich sehr darüber, dass sich die Redner der GRÜNEN heute mit großartiger Begeisterung für die Technik engagiert haben. Denn bislang haben die GRÜNEN Technik in allen Bereichen blockiert.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke dabei an Risikoanalysen, an die Kommunikationstechnologie, an die Biotechnik und an die Kerntechnik.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was verstehen Sie denn von Technik?)

– Sie waren immer die großen Technikfeinde und wollen sich jetzt als Technikfreaks profilieren. Das wird Ihnen aber kaum jemand abnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wahrscheinlich werden wir schon 2003 – vielleicht einige Jahre später – die Osterweiterung der EU bekommen. Das wird den Arbeitsmarkt in Ostbayern für eine Übergangszeit drastisch verändern. Es sei denn es kommt eine Übergangsregelung, das heißt, keine Freizügigkeit von Anfang an, die Herr Verheugen aber ablehnt.

(Hoderlein (SPD): Stimmt nicht!)

– Die Vorlage der EU-Kommission, die Herr Verheugen mit unterschrieben hat, sieht keine Übergangsregelung vor. Und Herr Vitorino, mit dem ich ein langes Gespräch darüber geführt habe, sagt, eine solche Übergangsregelung wäre kaum durchzusetzen. Denn die Beitrittsländer wollen vor allem deswegen schnell beitreten, weil sie auf Freizügigkeit hoffen. Deshalb müssen wir parteiübergreifend dafür eintreten, dass Übergangsregelungen formuliert werden. Sonst kommt es zu massiven Verwerfungen auf unserem Arbeitsmarkt, die durch die unterschiedlichen Löhne in Nordbayern und der tschechischen Republik sozusagen vorprogrammiert sind.

(Hoderlein (SPD): Eine Übergangsregelung wird ausdrücklich begrüßt!)

Darüber hinaus wäre mit schweren sozialen Spannungen zu rechnen.

Ich halte nichts davon, wie die GRÜNEN Integrationsprobleme zu verschweigen. Die Staatsregierung hat im vergangenen Jahr den bundesweit umfassendsten Integrationsbericht vorgelegt. Alle anderen Bundesländer erkennen die führende Rolle Bayerns in der Integration an. Trotzdem gibt es Riesenprobleme. Ich freue mich sehr, dass Frau Schmidt ausdrücklich erklärt hat, sie unterstütze unsere Forderung nach einer Sprachprüfung. Die jetzt in Rede stehende Verschärfung besteht lediglich darin, dass null Punkte in der schriftlichen Sprachprüfung nicht durch mündliche Leistungen ausgeglichen werden können. Eine darüber hinausgehende Verschärfung wird es nicht geben.

Für Analphabeten haben wir eine Sonderregelung getroffen. Sie brauchen selbstverständlich keine schriftliche Prüfung zu machen. Es geht aber nicht an, dass jemand, der Türkisch schreiben kann, immer fremde Hilfe braucht, wenn er sich schriftlich in Deutsch ausdrücken soll. Die öffentliche Berichterstattung, die hierüber insbesondere in den beiden Nürnberger Zeitungen gelaufen ist, war aus meiner Sicht höchst missverständlich.

Ich halte es aber für durchaus interessant, auch im Zusammenhang mit dem Familiennachzug verstärkt auf Integration zu achten und beispielsweise anzustreben, dass Integrationskurse für diejenigen vorgeschrieben werden, die zuwandern. Eventuell könnten Anreize dafür geschaffen werden, entsprechende Sprach- und Integra-

tionskurse zu besuchen. So habe ich vorgeschlagen, den nachreisenden Familienangehörigen, die bereits vor dem Zuzug deutsche Sprachkenntnisse erworben haben, früher eine Arbeitserlaubnis zu erteilen. Auf diese Weise könnte die Desintegration, wie wir sie in bestimmten Bevölkerungsschichten feststellen müssen, erheblich reduziert werden.

Nun noch eine kurze abschließende Bemerkung. Ich will die Diskussion nicht unnötig verlängern.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Sie haben sie schon verlängert!)

– Wenn Sie mich dazu auffordern, werde ich noch mehr sagen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Sie haben auf die Uhr geschaut, nicht wahr?)

Am Freitag wird der Bundesrat ausführlich über dieses Thema diskutieren. Ich werde, wie vom Kabinett heute beschlossen, gegen die Einführung der Green Card stimmen, weil die vorgesehene Regelung aus unserer Sicht schlecht und zudem missverständlich ist. Herr Kollege Herrmann hat schon darauf hingewiesen: Die US-amerikanische Green Card ist ein Immigrantenvisum, kein Arbeitsvisum. Ein Immigrantenvisum ist völlig unabhängig von einem eventuell bestehenden Arbeitsverhältnis.

Frau Kollegin Schmidt, übrigens schließt die vorgesehene Green-Card-Regelung nicht aus, dass jemand, der dieses Visum erhalten hat, dann aber beispielsweise keine Arbeitsstelle findet oder die Probezeit nicht besteht, auf Kosten der hiesigen Sozialsysteme im Land bleibt. Denn die in Rede stehende Vorschrift sieht weder eine Befristung noch eine Anknüpfung an ein bestehendes Arbeitsverhältnis vor. Das ist bei der Blue Card der Fall, nicht aber bei der Green Card.

Wir werden die Green-Card-Lösung ablehnen, weil wir meinen, dass die bereits eingeführte Blue Card, die übrigens in diesen Tagen auch in Hessen eingeführt werden wird, einen schnellen und flexiblen, ja, den richtigen Weg darstellt, wenn es darum geht, Personalengpässe in den Hightech-Branchen zu beseitigen.

Frau Schmidt, offensichtlich haben Sie es nicht bemerkt: Ein derartiges Visum führen wir jetzt nicht zum ersten Mal ein. Vielmehr praktizieren wir eine derartige Regelung bereits seit etwa zwei Jahren. Diese sieht eine Verschweigungsfrist für Studenten vor sowie die schnelle, unbürokratische Erteilung der Aufenthaltserlaubnis bei Wissenschaftlern, die in der Regel keine Arbeitsgenehmigung brauchen. Damit tragen wir der Internationalisierung und der Globalisierung der Wirtschaft Rechnung. Wir haben auch im Hinblick auf humanitäre Fragen keinen Nachhilfeunterricht nötig. Da wir über dieses Thema erst vor zwei Wochen diskutiert haben, will ich es jetzt nicht aufgreifen. Doch bin ich sicher, dass Kollegen dies noch tun werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Rabenstein das Wort.

Dr. Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte zunächst Herrn Dr. Stoiber und Herrn Dr. Beckstein gratulieren. Denn es ist schon etwas Besonderes, wenn es jemandem gelingt, die eigenen Leute auf dem Zickzackkurs zu halten, den wir jetzt erleben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich gehöre diesem Landtag seit zwei Jahren an. In dieser Zeit habe ich nie eine derartige Kehrtwendung erlebt wie jetzt. Besonders stark zu spüren ist diese Entwicklung in den Diskussionen im Petitionsausschuss. Noch vor wenigen Monaten hat die CSU Einwanderung und jede Diskussion darüber gescheut wie der Teufel das Weihwasser. In diesem Zusammenhang wurde auch in diesem Hohen Hause die Green Card verdammt. Aber nun versucht man – ich muss sagen: versucht man –, dasselbe, lediglich mit einem neuen Namen versehen, in einer Nacht- und Nebelaktion einzuführen und dieses Plagiat – nichts anderes liegt vor – als einen Riesenerfolg zu verkaufen. Das kann man nicht machen. Ich wundere mich darüber, dass die Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion die beschriebene Kehrtwendung so einfach mitmachen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt müssen wir uns fragen: Warum dieser Gesinnungswandel? – Es wird mehrere Gründe dafür geben. Ich glaube, der Druck aus den betroffenen Betrieben, aus der Hightech-Industrie, aus den betreffenden Branchen war so stark, dass man trotz der praktizierten Fundamentalopposition gegen die Green Card nicht anders konnte, als nachzugeben. So kam man plötzlich auf die Idee mit der Blue Card. Dass die Blue Card nichts anderes ist als eine Green Card, sieht man an den Bezeichnungen. Ich frage mich: Warum hat man nicht einfach die Green Card übernommen, eventuell in etwas modifizierter Form? Herr Minister Dr. Beckstein hat es doch gerade gesagt: Im Bundesrat möchte er gegen die Green Card stimmen. Das ist aus meiner Sicht unlogisch. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, hier wird eines deutlich: Herrn Dr. Stoiber geht es nicht um die Sache, sondern schlicht darum, sinnvolle Lösungen zu boykottieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Genau das, was Herr Dr. Stoiber stets an Herrn Lafontaine kritisiert hat, nämlich das Boykottieren von allem, praktiziert er jetzt selbst, und zwar in potenziert Form.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Dr. Stoiber – ich hoffe, Sie hören mich jetzt zumindest über den Lautsprecher in Ihrem Büro –, Herr Dr. Stoiber, für diese Haltung bekommen Sie von mir – von einer gelben Karte kann ich jetzt nicht sprechen – die „Yellow Card“. Ich hoffe, dass Sie von den Wählerinnen und Wählern dann die „Red Card“ erhalten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU)

Zur Sache noch einige Anmerkungen. Die Vorteile der Green Card wurden schon genannt. Was in dem Zusammenhang gesagt wurde, unterstütze ich weitestgehend. Die rot-grüne Koalition wird den Wirtschaftsaufschwung durch Einführung der Green Card mit Sicherheit noch stärker fördern als bisher. Folgendes ist mir auch klar: Massenhafte Zuwanderung ist nicht möglich. Deutschland bzw. Bayern kann nicht sämtliche Migrationsprobleme lösen. Was mich an der Diskussion über dieses Thema stört, ist die Art, in der mit Menschen aus anderen Ländern umgegangen wird, übrigens auch sprachlich. Menschen, die wir ausnutzen können, die sind uns willkommen. Die anderen sollen gehen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, hier wird der Mensch nicht mehr als menschliche Kreatur angesehen, sondern als Ware. Der Warencharakter zwischenmenschlicher Beziehungen wird hier deutlich. Wir wollen Menschen bei uns haben, solange sie uns nutzen. Sobald sie uns in irgendeiner Art zur Last werden, wollen wir sie ohne Rücksicht auf Verluste abschieben.

(Zuruf des Abgeordneten Christ (CSU))

Das ist nichts anderes als Ex-und-hopp-Politik auf Kosten von Menschen. Ich möchte es noch einmal ganz deutlich sagen: Wir haben es hier nicht mit Maschinen zu tun, die man einschaltet, die gut sind, solange sie laufen, und die man auf den Schrott wirft, wenn sie nicht mehr laufen. Zu uns kommen Menschen. Sie verdienen es, als solche behandelt zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte – dieser Gesichtspunkt ist schon angesprochen worden – die Verknüpfung von Einwanderungs- und Asylrecht für äußerst gefährlich. Asyl und Einwanderung sind zwei Paar Stiefel. Wir dürfen nicht zulassen, dass es unter dem Deckmantel der Blue Card zu einer Einschränkung des Asylrechts kommt. Denn das würde de facto zur Abschaffung des Asyls führen.

Präsident Böhm: Herr Kollege, ich bitte Sie darum, Ihren Redebeitrag zu beenden. Sie haben Ihre Redezeit schon erheblich überzogen.

Dr. Rabenstein (SPD): Ein Letztes noch. – Ich glaube, wir müssen aufpassen, dass wir bei diesem sensiblen Thema nicht der Fremdenfeindlichkeit Vorschub leisten, die latent immer noch besteht. Wer mit dem Finger auf den Asylbewerber aus Afrika zeigt, braucht sich nicht zu wundern, wenn der IT-Spezialist aus Indien lieber nach Amerika geht als nach Deutschland bzw. Bayern. Wir sollten ein weltoffenes, ein für alle Menschen offenes Land sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Welnhöfer.

Welnhofer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist leider wie so oft: Ideologische Scheuklappen verstellen den GRÜNEN den Blick für die wirklichen Probleme.

(Beifall bei der CSU)

Bayern braucht nicht Einwanderung, sondern es braucht Fachkräfte auf Zeit, die dem deutschen Arbeitsmarkt gegenwärtig nicht zur Verfügung stehen. Darüber hinaus – das haben wir immer anerkannt – ist es uns von der CSU vorrangig ein Anliegen, dass diejenigen, die ein Bleiberecht auf Dauer haben, bei uns integriert werden.

Der bayerische Innenminister hat völlig recht: Wir brauchen mehr Immigranten, die Deutschland nützen und weniger, die uns ausnützen. Deswegen ist die Blue Card auch genau die richtige Antwort auf die gegenwärtige Situation.

Ob jemand ein Aufenthaltsrecht erhält, soll sich vorrangig nach den Interessen der Bundesrepublik und nicht nach den Wünschen Immigrationswilliger richten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir darüber hinaus unseren Beitrag für in Not geratene Menschen leisten, zeigt sich daran, dass die Länder Bayern und Baden-Württemberg zusammen über die Hälfte der jugoslawischen Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen haben. Die tragenden Grundsätze unserer Ausländerpolitik haben sich überhaupt nicht geändert. Selbstverständlich bleiben wir dabei, dass Deutschland und Bayern keine Einwanderungsländer im klassischen Sinne sind. Wir laden vielmehr andere ein, uns bei dem, was wir auf dem Arbeitsmarkt zurzeit nicht leisten können, zu helfen.

Uns ist vorgehalten worden, dass wir in einer Kehrtwendung ein Einwanderungsgesetz forderten. Das ist nicht wahr. Wir haben immer gesagt, dass wir ein Zuwanderungsgesetz brauchen und hinzugefügt, dass dies in erster Linie ein Regulierungsgesetz – wenn Sie so wollen auch ein Begrenzungsgesetz – sein muss, aber kein Gesetz, mit dem Deutschland und Bayern zu Einwanderungsländern gemacht werden. Das sehen wir heute noch ganz genauso.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also kein Einwanderungsland!)

– Natürlich nicht. Ich habe gerade ausgeführt, wie das zu verstehen ist. Integration ist wichtig, weil ein Mangel an Integration dazu führt, dass in der Bevölkerung Vorbehalte gegenüber Ausländern aufkommen. Das ist die eigentliche Gefahr. Deshalb brauchen wir die Integration derjenigen Ausländer, die ein Bleiberecht auf Dauer haben. Voraussetzung dafür ist aber, dass die zum Bleiben Berechtigten auch integrationsfähig und integrationswillig sind und anerkennen, dass unsere Gesellschaft von der westlich-abendländischen Wertordnung geprägt ist. Dieser Wertordnung müssen sich die Ausländer anschließen. Das ist nicht Assimilation, sondern echte Integration.

(Beifall des Abgeordneten Kaul (CSU))

Dazu steht in eklatantem Widerspruch, was heute vielfach in den Reihen der türkischen Immigranten geschieht. Da werden die Kinder zurückgeschickt, damit sie – nach den Vorstellungen der Eltern – gute Türken werden. Kurz vor dem Ablauf der Nachzugsfrist werden diese Kinder dann wieder nach Deutschland geholt. Hier wird nicht Integration, sondern Segregation betrieben. Die Leute wollen im Grunde genommen Türken bleiben, aber mit dem deutschen Pass. Das kann so nicht sein. Deswegen sind wir der Auffassung, dass das Nachzugsalter für Jugendliche auf sechs oder zumindest auf höchstens zehn Jahre herabgesetzt werden muss. Bestehende Missstände müssen in Zukunft abgestellt werden. Für die jungen Menschen muss die Chance zu stärkerer Integration bestehen. Sie sollen – nicht nur formal – Deutsche werden. Sie sollen nicht auf Dauer als nicht integrierte Ausländer in Deutschland leben und damit unsere Bevölkerung verunsichern. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Herrmann, Sie haben soeben Herrn Kollegen Dr. Dürr vorgeworfen, wir würden konkrete Aussagen schuldig bleiben, wie viele Ausländer wir in Bayern bräuchten. Genau diese Frage hätten wir gerne geklärt und haben deshalb einen Antrag eingebracht, der seitens Ihrer Fraktion abgelehnt worden ist. Herr Kollege Söder hat damals gesagt, wir würden mit diesem Antrag den Versuch unternehmen, dieses Thema politisch ideologisch zu besetzen. Wir wollten damals wissen, in welchen Bereichen die bayerische Wirtschaft ausländische Arbeitnehmer braucht, wie diese Arbeitnehmer angeworben werden könnten und wie ihre Zuwanderung und die ihrer Familien erleichtert werden könnte. Außerdem wollten wir wissen, welche Maßnahmen notwendig wären, damit sich diese Familien in Bayern wohl fühlen könnten.

Keine Region der Welt kann es sich leisten, kluge Köpfe auszuschließen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben will.

Wer Bayerns Wohlstand sichern will, muss heute die Voraussetzungen dafür schaffen. Es passt ins Bild, dass die Bayerische Staatsregierung die Green Card-Pläne sofort abgelehnt hat. Auf der einen Seite predigt die Staatsregierung Globalisierung und Internationalisierung, auf der anderen Seite bedient sie ausländerfeindliche Stimmungen und Strömungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer so vorgeht, handelt unserer Meinung nach nicht nur nicht christlich, sondern gefährdet auch die Grundlagen der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Forschung. Zur Blue Card: Herr Staatsminister Dr. Beckstein, Sie preisen die Blue Card als wenig bürokratisch. Daneben, so sagen Sie, ist diese keine Festlegung auf Einwanderung. Sie haben heute erklärt, Sie würden die Green Card-Regelung der Bundesregierung ablehnen.

Wenn Sie tatsächlich auf dieser Aussage beharren, wäre Ihre Lösung Makulatur. Ich möchte ein Beispiel aus dem Punkt 4 Ihrer Verwaltungsanweisung „Blue Card“ vom 4. Juli herausgreifen, die an die Ausländerbehörden ergangen ist. Dieser Punkt enthält die „Aufenthaltsvisa für erfolgreiche Hochschulabsolventen ohne vorherige Ausreise bei Vorliegen der Arbeitserlaubnis“.

Genau zu dieser Arbeitserlaubnis gibt es eine Dienstweisung der Bundesanstalt für Arbeit. Darin heißt es: „Hochschulabsolventen können nicht die geforderten Fachkenntnisse vorweisen.“ Deshalb ist Ihre Zustimmung – zumindest zu einem Teil der Green Card-Regelung – notwendig, die aus der ITArGV, also der Verordnung über Arbeitsgenehmigungen und der ITAV, also der Verordnung über Aufenthaltsgenehmigungen besteht. In der erstgenannten Verordnung steht, dass Hochschulabsolventen sofort übernommen werden können.

Die CSU steht vor folgendem Problem: Auf der einen Seite will sie nicht die Wirtschaft vergraulen, auf der anderen Seite versucht sie krampfhaft, bei rechten Dumpfödeln zu punkten. Für sie gibt es gute und böse Ausländer. Arbeitsimmigranten müssen nach getaner Arbeit gehen. Von Integration ist keine Rede. Wir sehen darin eine freistaatlich gelenkte Arbeitsmarktpolitik mit dem unappetitlichen Geruch von Apartheid. Eine solche Politik wollen wir nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Freiherr von Rotenhan (CSU): Das ist eine böswillige Verleumdung!

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Der nächste Redner ist Herr Kollege König.

König (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion haben mit dieser Aktuellen Stunde den Versuch unternommen, die Mehrheit des Hauses, die CSU, in die ausländerfeindliche Ecke zu stellen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da seid ihr doch schon!)

Das tun Sie sowohl im Plenum als auch in den einschlägigen Ausschüssen. Der Petitionsausschuss und der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen müssen sich mit einer Vielzahl von Petitionen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger beschäftigen, die als Bürgerkriegsflüchtlinge oder als abgelehnte Asylbewerber nach einem oft lange Jahre dauernden Verfahren in ihre Heimat zurückgehen sollen, dies aber nicht wollen.

Jeder von uns, der mit diesen Fällen befasst ist, ist natürlich innerlich hin- und hergerissen, denn hinter jedem dieser Aktendeckel verbergen sich Schicksale. Oft sind die Leute integriert, und trotzdem müssen wir am Ende nach Recht und Gesetz entscheiden, auch wenn Sie häufig den Petenten gegenüber den Eindruck zu erwecken versuchen, wir könnten immer so entscheiden, wie wir gerade lustig oder bei Laune sind. Nein, wir haben

nach Recht und Gesetz und entsprechend den in aller Regel getroffenen Urteilen zu entscheiden. Dabei sind wir auch jeweils gehalten, den Gleichheitssatz zu beachten. Es kann nicht sein, dass der eine besser und der andere schlechter behandelt wird.

(Widerspruch der Frau Abgeordneten Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin regen Sie sich nicht schon wieder auf, auch wenn es mir gefällt, dass Sie sich aufregen. Bei allen diesen Entscheidungen müssen wir auch immer an die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft und an die Akzeptanz durch unsere Gesellschaft denken. Natürlich gibt es das Problem der Leistungsfähigkeit. Wir können nicht unendlich ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland und in Bayern aufnehmen. Natürlich gibt es auch das Problem der Akzeptanz. Das wissen Sie, und das weiß ich.

Natürlich haben wir aufgrund unseres sozialen Systems diesen Einwanderungsdruck. Viele wollen hier bleiben, und noch mehr wollen zu uns kommen. Uns ist es schon lange klar und zunehmend wird es auch vielen von Ihnen klar, dass nicht alle, die zu uns kommen wollen, auch tatsächlich bei uns aufgenommen werden können. Ich denke dabei nur an Herrn Bundesinnenminister Schily, der sich allmählich vom Saulus zum Paulus gewandelt hat, auch wenn ich nicht nachvollziehen kann, dass er die Probleme nicht selber kräftig angeht, sondern „süßen Mut“ dazu braucht. Nachdem dieses Problem zunehmend auch Ihrem Herrn Schily klar wird und es uns schon lange klar ist, müssen wir neue Regelungen finden, um das Problem miteinander zu lösen.

Sie unterstellen uns Ausländerfeindlichkeit. Ich bitte Sie aber, sich daran zu erinnern, welche großartigen Leistungen von der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere aber von Bayern seit Beginn der Neunzigerjahre im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in Ex-Jugoslawien erbracht wurden. Wie viele Menschen haben wir denn aufgenommen? Alleine aus Bosnien-Herzegowina kamen 350 000 Bürgerkriegsflüchtlinge nach Deutschland. Jeder Fünfte davon kam zu uns nach Bayern. 120 000 Kosovo-Albaner wurden in der Bundesrepublik insgesamt aufgenommen. Ein erheblicher Teil davon kam zu uns nach Bayern. Wir müssen diese Zahlen der Öffentlichkeit nennen, um die Eindrücke von uns, die Sie zu schüren versuchen, zu widerlegen. Bayern alleine hat mehr Bürgerkriegsflüchtlinge und Menschen in Not aufgenommen als Italien, die Schweiz und Großbritannien zusammen. Auch das muss gesagt werden. Das ist die Wahrheit. Wir haben die Menschen gerne aufgenommen. Parteiübergreifend waren wir uns darin einig, dass wir diese Menschen aufnehmen.

Die Unterschiede werden aber immer dann deutlich, wenn es um die Frage geht, wen wir wieder zurückschicken sollen. Es geht oft gar nicht anders, als die Leute in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihres Heimatlandes zurückzuschicken, denn nur sie können ihr Heimatland wieder aufbauen. Wir müssen sie aber auch deshalb zurückschicken, weil unsere Leistungsfähigkeit und die Akzeptanz bei der deutschen Bevölkerung nicht

unbegrenzt sind; denn wir müssen auch für andere in Not gekommene Menschen wieder aufnahmefähig sein. Ich bitte Sie, uns in dieser Richtung zu unterstützen. Bitte Sie Ihren Herrn Bundeskanzler und Ihre Bundesregierung darum, dass sie durch ihr Drängen auch andere Staaten in der Europäischen Union dazu bringen, in demselben Maße humanitäre Hilfe für in Not geratene Menschen zu leisten, wie wir es in Deutschland und in Bayern getan haben.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Kollegin Hirschmann.

Frau Hirschmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch gar nicht so lange her, dass der Slogan verbreitet wurde: „Wir sind kein Einwanderungsland, das Boot ist voll.“ Vor kurzem hieß es bei den Kolleginnen und Kollegen der CSU auch, dass die Grenzen der Belastbarkeit erreicht seien.

(Ritter (CSU): Das hat doch Herr Schily gesagt!)

Nun sollen die zu uns kommen, die uns nützen. Herr Kollege König, Sie sagten, wir sollten die CSU nicht in eine ausländerfeindliche Ecke stellen. Haben Sie sich nicht selbst in diese Ecke gestellt, als Sie zu Ihrer Unterschriftenkampagne aufgerufen haben?

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege König und Herr Kollege Herrmann, Sie reden davon, dass Integration sehr wohl stattfindet. Hier stelle ich einen großen Widerspruch fest. Auf der einen Seite rufen Sie auf, gegen Ausländer zu unterschreiben. Viele Bürgerinnen und Bürger, die zu Ihrer Unterschriftenaktion in das Münchner Rathaus gekommen sind, haben gefragt, „wo sie gegen Ausländer unterschreiben können“. Dafür, dass sich dieser Stil breit macht, tragen Sie die Verantwortung. Gleichzeitig aber wagen Sie, lieber Herr Kollege König, von Integration zu reden und der SPD vorzuwerfen, sie stelle die CSU in eine ausländerfeindliche Ecke. Fragen Sie doch einmal, ob nicht Ihre Politik dazu beigetragen hat und weiterhin dazu beiträgt, dass Sie als ausländerfeindlich dargestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das neueste Schlagwort in der Einwanderungsdiskussion lautet nun „Blaue Karte“. Der bayerische Innenminister, Dr. Beckstein, hat ganz bewusst die deutsche Sprachform gewählt. Warum? Er will damit viele Deutsche als Unterstützerinnen und Unterstützer für seine Maßnahmen gewinnen und gleichzeitig von der eigentlichen Problematik ablenken.

Jetzt komme ich zu einem Beispiel aus dem Petitionsausschuss. Vor gar nicht allzu langer Zeit haben wir darüber diskutiert, ob wir dazu beitragen können, dass eine koreanische Dirigentin in Hessen bleiben kann, denn Darmstadt war bereit, sie als Dirigentin aufzunehmen. Was für eine Diskussion hatten wir dazu im Petitionsausschuss? Was muss noch geschehen? Heute

reden Sie so und morgen so. Bleiben Sie doch bei Ihrer Linie, wenn Integration und eine gesteuerte Einwanderung für Sie wichtig sind.

Ein weiteres Beispiel aus dem Petitionsausschuss liegt sechs Jahre zurück. Ich meine jetzt nicht die Krankenschwestern im Herzzentrum, sondern die Krankenschwestern in Großhadern. Der Petitionsausschuss musste eigens einen Ortstermin veranstalten, um sich im Klinikum Großhadern an Ort und Stelle davon zu überzeugen, dass es äußerst notwendig ist, diese Krankenschwestern in Deutschland zu behalten, weil deutsche Kräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung standen. 16 Jahre hätten Sie Zeit gehabt, um deutsche Arbeitskräfte entsprechend zu qualifizieren. Das haben Sie nicht geschafft.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend kann ich nur sagen, dass Sie mit Ihrer bisherigen Politik dazu beigetragen haben und weiterhin dazu beitragen, erhebliches Misstrauen gegen die Ausländerinnen und Ausländer zu schüren. Ob es sich um den Blue-Card-Vorstoß der Bayerischen Staatsregierung handelt oder um die von Baden-Württemberg festgelegten Eckpunkte zur Einwanderung, in beiden Fällen wird der Reduzierung einer angeblich hohen und ungesteuerten Zuwanderung nach Deutschland das Wort geredet. Herr Kollege Dr. Rabenstein hat sehr deutlich dargelegt, wie Sie dabei die Themen Einwanderungspolitik, Asylkompromiss und Blue Card vermischen.

So frage ich mich abermals, und diese Frage stelle ich auch Ihnen: Was will die Staatsregierung eigentlich? Was ist eigentlich Sache? Auf der einen Seite wird gerufen: Ausländer raus! Auf der anderen Seite heißt es: Ausländer rein! In meinen Augen kann aus der Diskussion um Green Card und Blue Card eigentlich nur eines folgen: die Rote Karte für die CSU.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kreuzer, bitte.

Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Viel Wind um nichts – mit diesen Worten lässt sich die Green Card der rot-grünen Bundesregierung am besten charakterisieren.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Blue Card! – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das stinkt Euch!)

Da wurde ein Problem aufgezeigt und seine Lösung bei einem Industriekongress großmächtig und publikumswirksam angekündigt. Es wurde ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet, es wurde um Referentenentwürfe gestritten und um Abstimmungen in der Bundesregierung. Nun, bevor die Angelegenheit Gesetz wird, muss man sich darüber aufklären lassen, dass man gar kein neues Gesetz braucht.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Biergartenverordnung!)

Man kann die Dinge vielmehr nach der bestehenden Gesetzeslage lösen. Hier zeigt sich wieder einmal die typische handwerkliche Unfähigkeit der rot-grünen Bundesregierung, wie wir sie bei fast jedem wichtigen Gesetzesvorhaben in diesem Land erleben.

(Beifall bei der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kruzifix-Urteil!)

Wir haben bereits nach den geltenden Regelungen die Möglichkeit, Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen eine Arbeitserlaubnis zu geben, soweit ein öffentliches Interesse besteht. Diese Möglichkeit lässt sich durch eine Verwaltungsanweisung auch auf andere Bereiche ausdehnen. Dies ist in Bayern bereits geschehen. Spezialisten aus der Hightech- und der IT-Branche mit einem Jahresgehalt – ähnlich wie bei der Green Card – von über 100 000 DM, können dies in Anspruch nehmen.

Es gibt eine generelle Vorabstimmung der Bayerischen Staatsregierung mit den konsularischen und diplomatischen Vertretungen im Ausland. Personen, die vom Arbeitsamt eine Arbeitsgenehmigung für diese Berufe bekommen haben, können nach Deutschland einreisen. Dafür bedarf es keiner Einzelfallprüfung der Ausländerbehörde. Somit ist die Sache sowohl ausländerrechtlich als auch arbeitsrechtlich geregelt und dies ohne viel Bürokratie, ohne ein neues Gesetz oder den ganzen Aufwand, den Sie treiben. Dies sind die Lösungen von Günther Beckstein und der CSU im Bayerischen Landtag. Nehmen Sie sich daran ein Beispiel.

(Beifall bei der CSU)

Richtig ist allerdings, dass wir die Frage auf Dauer nicht mit Insellösungen bewältigen können. Wir brauchen eine klare Linie in der Einwanderungspolitik und bei der Zuwanderung. Wir brauchen eine gesteuerte Zuwanderung,

(Hufe (SPD): Hört, hört!)

die unsere Sozialkassen nicht weiter belastet und den Menschen, die hier mitarbeiten wollen die Möglichkeit gibt, zu uns zu kommen. Wir brauchen Regelungen, damit weniger Menschen zu uns kommen, die unser Sozialsystem in Anspruch nehmen, auch wenn das oft aus menschlich sehr verständlichen Gründen geschieht.

Wir haben vor wenigen Jahren eine ähnliche Diskussion zum Thema Asyl geführt. Man könnte sagen, die Situation ist besser geworden. Wir sind von über 400 000 Asylbewerber auf etwa ein Viertel dieser Zahl herunter gekommen. Dies, meine Damen und Herren, ist aber nicht das Verdienst der GRÜNEN oder der bayerischen SPD. Ich höre noch heute Renate Schmidt hier sagen: „Dieser Asylkompromiss wird nicht dazu führen, dass ein einziger Asylbewerber weniger nach Deutschland kommt.“

(Frau Radermacher (SPD): Das hat sie nicht gesagt!)

Dies ist die typische ideologische Fehleinschätzung von Rot-Grün in diesen Fragen. Sie können diese Dinge bis heute nicht vernünftig lösen. Sie hätten in Kauf genommen, dass nicht nur 400 000, sondern 600 000 oder gar 700 000 Menschen gekommen wären. Das ist eine unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, trotzdem sind die Dinge auch heute noch nicht in Ordnung. Gehen wir einmal von der Zahl 100 000 aus. Der Innenminister hat gesagt, weniger als 5% der Asylbewerber werden anerkannt, 15% können aufgrund der verschiedensten Gründe bleiben. Das bedeutet, meine Damen und Herren, dass 85% der Asylbewerber nicht bleiben. Diese Menschen werden hier durch ein aufwendiges Verfahren geschleust und anschließend müssen sie wieder nach Hause. Dies dient der deutschen Bevölkerung nicht. Die Bundesrepublik muss jedes Jahr eine große Anzahl Asylbewerber aufnehmen und zumindest kurzfristig integrieren. Das Geld unserer Bürger, der Steuerzahler, wird für diese 85% zum Fenster hinausgeworfen.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies dient aber auch nicht den Menschen, die mit Hoffnungen hierher kommen. Es hilft ihnen nichts, wenn sie erst ein langes Verfahren durchlaufen und dann wieder nach Hause müssen. Zu Hause erwartet sie dann meist eine schlechtere Situation als zu dem Zeitpunkt, an dem sie zu uns gekommen sind. Wir brauchen deshalb Neuregelungen. Wir müssen deshalb Artikel 16 a des Grundgesetzes in eine institutionelle Garantie umwandeln. Wir müssen Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes verändern. Das bedeutet die Anerkennung durch das Amt und die Überprüfung durch Beschwerdeausschüsse. Wir müssen in Zukunft zu wesentlich schnelleren Entscheidungen kommen.

Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren: Greifen Sie diese Punkte auf, gehen Sie mit, legen Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ab.

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andernfalls werden Sie, wie beim Asyl-Kompromiss, von der Entwicklung überrollt, und am Ende werden Sie nicht darum herumkommen, diese objektiv vorliegenden Missstände zu beseitigen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Kollegen Dr. Scholz.

Dr. Scholz (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube eines ist in der ganzen Diskussion klar geworden:

(Hofmann (CSU): Sie haben doch gar nicht zugehört! – Lachen bei der CSU)

Ohne die Green-Card-Diskussion wären Sie, Herr Dr. Beckstein, nie und nimmer auf die Idee mit der Blue Card gekommen.

(Frau Radermacher (SPD): So ist es! – Heiterkeit bei der SPD – Allgemeine Unruhe)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um etwas mehr Ruhe und darum, dem Redner zuzuhören.

Dr. Scholz (SPD): Wir stellen fest, dass sich in der CSU ein eindeutiger Meinungswandel vollzogen hat. Von Beginn der Diskussion an waren die Aussagen von Herrn Wiesheu ganz anders als die von Herrn Beckstein. Es war deutlich zu erkennen, dass man bereits damals erkannte, an der Green Card ist etwas dran. Die Green Card war für einen begrenzten Kreis von Spezialisten gedacht, für einen Kreis, der eine Art Flaschenhals öffnen könnte, so dass es zu einem Zuwachs an Arbeitsplätzen kommt. Es ging nicht darum, Arbeitsplätze wegzunehmen, sondern darum, neue zu schaffen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns wohl einig, dass eine Diskussion zum Thema Einwanderungsgesetz mit großer Sorgfalt geführt werden muss. Das Ziel der Green Card war es aber, schnell etwas dafür zu tun, dass der Flaschenhals bei den Arbeitsplätzen beseitigt wird und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dabei hat die Green Card auch den Blick auf die eigenen Mängel gelenkt. Was diese Mängel angeht, so will ich doch einmal ganz deutlich fragen: Was ist das für ein Zustand, wenn in Nürnberg an der Fachhochschule von den Bewerbern für Studienplätze bei den Informationstechnologien zwei Drittel weggeschickt werden müssen? Nur für ein Drittel der Bewerber steht überhaupt ein Studienplatz zur Verfügung.

(Herrmann (CSU): Das habe ich heute schon einmal gesagt!)

Auf diese Schwachpunkte hat die Diskussion über die Green Card hingeführt und auf die Blue Card gelenkt. Die Blue Card ist, wie Herr Dr. Beckstein das darstellt, eine eigene Sache. Eigentlich herrscht das Misstrauen gegen jeden Hightech-Spezialisten vor, dass er morgen in der sozialen Hängematte liegen könnte und dass er die Fähigkeit, weswegen er kommen will, vortäuscht, um hier ein Schmarotzerleben zu führen. Mit dieser Einstellung, meine Damen und Herren, bekommen Sie nicht die Leute, die wir brauchen. Die gehen lieber in die USA oder anderswohin in Europa, als dass sie hier mehr oder weniger nur geduldet werden. Ist der Zusatz „Wenn du arbeitslos bist, fliegst du sofort wieder raus“ eine positive Zukunftsüberlegung für einen, den wir hier haben wollen,

weil wir ihn brauchen und weil er uns für neue Arbeitsplätze nützt?

(Gabsteiger (CSU): Warum soll er bleiben?)

Mit dieser Einstellung und dieser Regelung nützen Sie den Dingen nicht.

Meine Damen und Herren, es ist dringend notwendig, sorgfältig vorzugehen. Es ist dringend notwendig, eigene Anstrengungen im Bereich des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu erbringen. Auch die Schulen und die beruflichen Schulen müssen Anstrengungen unternehmen. Für all das hat die Green Card den Blick geöffnet. Wenn Sie in Ergänzung dazu mit der Blue Card erleichternde Bedingungen für die Aufenthaltsgenehmigung schaffen, soll uns das nur recht sein. Ohne die Diskussion über die Green Card hätten die nachfolgenden Maßnahmen überhaupt nicht stattgefunden. Deswegen war das eine gute und richtige Initiative zur rechten Zeit. Auch für späte Einsicht, Herr Dr. Beckstein, sind wir durchaus dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dingreiter, bitte.

Dingreiter (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als Landesvorsitzender des Bayernbundes verhehle ich nicht, dass ich schon vor Jahren gerne eine White-blue Card gehabt hätte, die uns in Bayern vor zuwandernden Leuten schützt, die alles besser wissen, aber nie etwas besser gemacht haben. Ich spreche aber nicht in dieser Funktion, sondern ich spreche für die Wirtschaft. Deshalb dazu einige Ausführungen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht verstanden!)

– Das kann schon sein, dass Sie das nicht verstehen. Das wundert mich nicht. Wenn Sie nur in Ihren Fünf-Prozent-Kreisen verkehren und nicht das Ohr am Volk haben, werden Sie manches nicht verstehen – auch nicht zu diesem Thema.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bayern betreibt Warenaustausch mit aller Welt. Wir tauschen weltweit Informationen aus, und selbstverständlich soll in dieser globalisierten Welt auch ein Austausch von Menschen aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gründen stattfinden. Es liegt im Interesse unseres Staates und unserer Gesellschaft, hochqualifizierten Fachkräften das Tätigwerden in unserem Lande zu ermöglichen.

Aber es ist nicht zwingend erforderlich, dass daraus eine dauerhafte Einwanderung wird und auch nicht die Einwanderung auf eine begrenzte Zeit. Die Blue Card ist richtig, weil sie die Aufenthaltserlaubnis an die Arbeitserlaubnis bindet und weil sie zur Sicherung wissenschaftli-

cher Spitzenleistungen, hoher Innovationskraft und wirtschaftlicher Dynamik unser Land unbürokratisch für Fachkräfte öffnet. Es besteht kein Zweifel, dass die von Innenminister Dr. Beckstein vorgelegte Blue Card wesentlich einfacher zu handhaben ist als die Green Card der Bundesregierung.

Ich kann mir vorstellen, dass vor diesem Hintergrund diese Regelung über die IT-Fachkräfte hinaus im Laufe der nächsten Jahre auf andere Ingenieurberufe ausgedehnt wird. Was wir jedoch nicht brauchen können, ist die unkontrollierte Zuwanderung von Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ohne ein Minimum an ausreichender Qualifikation für unseren Arbeitsmarkt mitzubringen. In Deutschland gibt es ein paar Millionen Menschen, die mangels ausreichender Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar sind. Wollen die GRÜNEN diese Gruppe Menschen mit der offenen Zuwanderung noch vergrößern? Erkennen Sie nicht, dass in einem solchen Einwanderungskonzept sozialer Sprengstoff liegt, das Sie uns immer wieder als beispiel- und modellhaft vorstellen?

Deshalb sagen wir: Eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch begründete Zuwanderung muss sich an den Rahmen einer jährlich festzulegenden Gesamtquote für eine Arbeitsmigration halten. Eine solche Quote hat für die geordnete Arbeitsmarktentwicklung große Bedeutung. Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass wir unbeflussbare Zuwanderung durch die Freizügigkeit im Rahmen der Europäischen Union haben.

Wir müssen berücksichtigen, dass diese Zuwanderung aufgrund der Osterweiterung noch erheblich wachsen wird. In Polen sind derzeit 38% der Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt. Beim Beitritt in die EU wird sich das radikal ändern. Es stellt sich die Frage, ob es für diese Menschen in Europa Arbeitsplätze oder Arbeitslosigkeit gibt. Diese Frage geht auch uns an, weil die Freizügigkeit für die Menschen in Osteuropa auch unser Land betrifft. Wer wie Sie, bzw. die von Ihnen getragene Bundesregierung, die Osterweiterung sogar überstürzt betreibt, muss die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen, die daraus erwachsen, im Auge haben.

Die Blue Card, die eine zeitlich begrenzte Zuwanderung ermöglicht, wird dieser zu erwartenden Zuwanderung gerecht, weil wir jederzeit entsprechend der Entwicklung in der Europäischen Union reagieren können. Deshalb macht das Sinn. Es macht auch Sinn, dass wir die Fachkräfte, die wir aus dem Ausland holen, nicht auf Dauer bei uns binden. Wenn sie nach einigen Jahren mit ihren Kenntnissen und mit dem hier erworbenen Know-how wieder in ihr Heimatland zurückgehen, können sie zusammen mit den hier erworbenen Kontakten und Verbindungen viel für die Entwicklung ihres eigenen Landes tun.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte, die bringen Know-how mit?)

– Die bringen Kenntnisse mit. Das Know-how haben wir selbst. Wenn wir es nicht hätten, bräuchten wir die Menschen mit diesen Kenntnissen nicht. Sie nehmen zusätz-

liches Know-how mit, das sie in einer anderen Produktionswelt in unserem Land erwerben.

Die internationale Zusammenarbeit nützt den Menschen hier und dort mehr als jedes multinationale Getue, das die Gefahr birgt, letztendlich im Chaos zu enden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 2 a

Gesetzentwurf der Abgeordneten Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Stärkung der kommunalen Demokratie I:

Informationsrechte der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte (Drucksache 14/3784)

– Erste Lesung –

Tagesordnungspunkt 2 b

Gesetzentwurf der Abgeordneten Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Stärkung der kommunalen Demokratie II:

Geschäftsgang der vorbereitenden Ausschüsse (Drucksache 14/3785)

– Erste Lesung –

Tagesordnungspunkt 2 c

Gesetzentwurf der Abgeordneten Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Stärkung der kommunalen Demokratie III:

Bildung und Besetzung kommunaler Ausschüsse (Drucksache 14/3786)

– Erste Lesung –

Tagesordnungspunkt 2 d

Gesetzentwurf der Abgeordneten Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Stärkung der kommunalen Demokratie IV:

Repräsentation in den Zweckverbänden (Drucksache 14/3787)

– Erste Lesung –

Tagesordnungspunkt 2 e

Gesetzentwurf der Abgeordneten Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Stärkung der kommunalen Demokratie V:

Transparenz und Kontrolle von kommunalen Wirtschaftsunternehmen (Drucksache 14/3788)

– Erste Lesung –

Tagesordnungspunkt 2 f

Gesetzentwurf der Abgeordneten Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Stärkung der kommunalen Demokratie VI:

Änderung des Sparkassengesetzes (Drucksache 14/3789)

– Erste Lesung –

Tagesordnungspunkt 2 g

Gesetzentwurf der Abgeordneten Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Stärkung der kommunalen Demokratie IX:

Einführung der Einwohnerversammlung (Drucksache 14/3792)

– Erste Lesung –

Tagesordnungspunkt 2 h

Gesetzentwurf der Abgeordneten Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Stärkung der kommunalen Demokratie X:

Stärkung der Rechte der städtischen Bezirksausschüsse (Drucksache 14/3793)

– Erste Lesung –

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat darum gebeten, Begründung und Aussprache zusammenzufassen. Damit stehen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 20 Minuten Redezeit zu. Das Wort hat Frau Kollegin Tausendfreund.

Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist sinnvoll, die Gesetzentwürfe zur Stärkung der kommunalen Demokratie zusammen zu debattieren und die Ersten Lesungen zusammenzufassen. Ich werde bei dieser Gelegenheit die beiden weiteren Anträge ansprechen, weil sie in das Kommunal-Paket gehören.

Die kommunale Selbstverwaltung und die Arbeit der Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage ist eine sehr wichtige Säule unserer Demokratie. Die Kommunalpolitik kann und muss jedoch transparenter und demokratischer gestaltet werden. Sie muss eine wirksamere Kon-

trolle des Verwaltungshandelns durch die gewählten Mandatsträgerinnen und -träger ermöglichen. Die heutigen Rahmenbedingungen, wie sie durch die Kommunalverfassungen festgeschrieben sind, führen in einigen Bereichen noch zu unbefriedigenden Ergebnissen. Sie lassen eine sehr unterschiedliche Handhabung der kommunalen Entscheidungspraxis und der Einbeziehung der einzelnen Mandatsträgerinnen und -träger zu.

Ich möchte vorab ein paar Beispiele herausgreifen. Für die konstruktive und kritische Mitarbeit in den kommunalen Gremien reicht es nicht aus, dass die einzelnen Mitglieder und Fraktionen in den Gemeinde- und Stadträten sowie im Kreistag Anträge und Anfragen stellen und in den Sitzungen reden und abstimmen dürfen, wenn es gleichzeitig vom Bürgermeister, vom Landrat und von der Mehrheit im Rat abhängt, welche Informationen ihnen zur Vorbereitung an die Hand gegeben werden.

Die Handhabung der Informationspolitik ist in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich. Neben den sehr vorbildlichen Geschäftsordnungen und Amtsführungsstilen kennen wir leider genügend Beispiele dafür, dass es sich für einzelne Ratsmitglieder immer wieder sehr mühsam gestaltet, überhaupt an Informationen aus der Verwaltung heranzukommen. Hier sind individuelle Informationsrechte für die einzelnen Ratsmitglieder erforderlich.

Das wichtige Prinzip, dass Sitzungen grundsätzlich öffentlich stattfinden, wenn nicht zwingende Gründe der Geheimhaltung entgegenstehen, wird vielerorts unterlaufen. Die Vorentscheidungen fallen in den geheimen Beratungen der vorberatenden Ausschüsse und werden dann im Plenum oftmals nur noch abgenickt. Wir wollen das Vorbild derjenigen Kommunen, die generell öffentlich tagen, ob es sich nun um vorberatende oder beschließende Ausschüsse handelt, zur Regel machen.

Da die kommunalen Gremien nicht als Parlament, sondern als Teil der Verwaltung ausgestaltet sind, kommt ihnen direkt die wesentliche Gestaltungs- und Kontrollfunktion zu. Dieser Unterschied zwischen der kommunalen Selbstverwaltung und dem Parlamentarismus muss seinen konkreten Niederschlag in den Mitgliedschaftsrechten finden. Zumindest theoretisch sollten die Ratsmitglieder nicht in Regierung und Opposition aufgeteilt sein.

Dennoch besteht vielerorts die Tendenz, mit Hilfe der Wahl der Verteilungsverfahren und der Anzahl der Mitglieder kleinere Fraktionen und Gruppen aus wichtigen Gremien, zum Beispiel aus dem Rechnungsprüfungsausschuss, auszuschließen. Im Bezirkstag Oberbayern zum Beispiel ist die grüne Fraktion, obwohl sie die drittgrößte ist, nicht im Rechnungsprüfungsausschuss vertreten.

Mitwirkung und Kontrolle können nur wirksam stattfinden, wenn eine gerechte Repräsentanz aller Fraktionen und Gruppen in den Gremien besteht. Das gilt insbesondere für die Gremien, die bislang nicht dem Grundsatz der Spiegelbildlichkeit, also der Bezogenheit auf die Zusammensetzung im Rat, unterworfen sind. Das sind beispielsweise die Gremien der kommunalen Wirtschaftsunternehmen und die der Sparkassen.

Die Besetzung erfolgt leider üblicherweise nach machtpolitischen Gesichtspunkten, nicht nach der Zusammensetzung im Rat. Im Landkreis München hätten zum Beispiel wir GRÜNEN, obwohl wir dort das Hare-Niemeyer-Verfahren anwenden, selbst nach dem d'Hondtschen Verfahren einen Anspruch auf einen Verwaltungsratsitz der Kreissparkasse München gehabt, sind aber systematisch davon ferngehalten worden.

(Zuruf von der CSU: Aus gutem Grund!)

Mit dem Paket zur Stärkung der kommunalen Demokratie sind Reformen der Gemeinde-, der Landkreis- und der Bezirksordnung sowie des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit und des Sparkassengesetzes vorgesehen.

Ich komme nun zu den einzelnen Änderungen, die wir beantragen.

Wir wollen die Informationsrechte der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte stärken. Die Mandatsträger und -trägerinnen sollen einen individuellen Anspruch auf ausreichende Sitzungsunterlagen, auf Auskunft und ein Akteneinsichtsrecht erhalten. Damit wird den Ratsmitgliedern eine sachgerechte Vorbereitung der Sitzungen und damit eine gewissenhafte Amtsführung ermöglicht.

Wir wollen den Öffentlichkeitsgrundsatz auch für die vorberatenden Ausschüsse einführen. Bisher dürfen diese generell nicht öffentlich tagen. Die Behandlung der Tagesordnungspunkte im Plenum ist häufig nur Formsache, wenn die Entscheidungen im vorberatenden Ausschuss bereits festgezurrt wurden. Dies macht es der Öffentlichkeit unmöglich, die ausschlaggebenden Argumente überhaupt nachzuvollziehen. Mit der Gleichstellung der vorberatenden und der beschließenden Ausschüsse wird dem Öffentlichkeitsprinzip, das auf der kommunalen Ebene gilt, Rechnung getragen.

Wir wollen die verbindliche Einführung des Hare-Niemeyer-Verfahrens für alle Gremien erreichen, in die entsandt wird. Die Anwendung des d'Hondtschen Verfahrens, das leider immer noch sehr verbreitet ist – das Hare-Niemeyer-Verfahren hat sich zum Glück auch schon sehr weit durchgesetzt –, bei der Ausschussbesetzung führt zu massiven Verzerrungen. An sich ist die Spiegelbildlichkeit vorgeschrieben, aber das d'Hondtsche Verfahren wird immer noch als zulässig erachtet.

Die kleineren Fraktionen und Wählergruppen werden dadurch benachteiligt. Es kommt zu Verzerrungen, wenn beispielsweise bei den Wahlen eine Partei deutlich unter 50% erreicht hat und auch bei der Zusammensetzung des Stadtrats noch unter 50% liegt. Denn dann kann es sein, dass diese Partei in den Ausschüssen eine absolute Mehrheit erzielt. Damit ist eine deutliche Verzerrung gegeben.

Auch für die Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern in andere Gremien, in denen bisher noch nicht einmal auf ein Verteilungsverfahren zurückgegriffen werden musste, wollen wir das Verfahren nach Hare-Niemeyer verbindlich einführen. Wir wollen nicht, dass Minderheitsfraktionen weiterhin völlig aus diesen Gremien aus-

geschlossen werden können. Es gibt genügend Beispiele dafür, dass Fairplay gerade bei der Besetzung dieser Gremien nicht eingehalten wird.

Deshalb wollen wir das Verfahren nach Hare-Niemeyer, das wesentlich gerechtere Ergebnisse erzielt, für alle Gremien einführen, in die der Gemeinderat, der Kreistag oder der Bezirkstag Vertreter entsendet, im einzelnen also für Ausschüsse, Zweckverbände, Verwaltungsgemeinschaften, Verwaltungs- und Aufsichtsräte der kommunalen Wirtschaftsunternehmen und den Verwaltungsrat der Sparkassen. Außerdem haben wir ein Optimierungsgebot für die Wahl der Größe des Gremiums vorgeschlagen. Denn auch dadurch kann hier Einfluss genommen werden.

Ein weiterer Punkt ist, dass auch die nachträgliche Bildung von Ausschussgemeinschaften während der Wahlperiode ermöglicht werden soll. Es haben sich zum Beispiel in der Stadt Freising einige Gruppen, die normalerweise Ausschussgemeinschaften bilden könnten, erst etwas nach der Wahl zu diesen Ausschussgemeinschaften zusammengefunden. Die Bildung dieser Ausschussgemeinschaft wurde aber nicht gestattet. Sie war auf die Entsendung eines Vertreters in den Prüfungsausschuss gerichtet. Die Gültigkeit wurde bestritten, obwohl im Gesetz nichts darüber steht. Aber die Literaturmeinung überwiegt, dass nachträglich gebildete Ausschussgemeinschaften nicht Rechens sein. Zu dieser Auffassung besteht überhaupt kein sachlicher Grund. Wir möchten jedenfalls die Klarstellung haben, dass solche Ausschussgemeinschaften zukünftig möglich sind.

Ein für uns sehr wichtiger Punkt – das ist einer der Anträge, die wir gestellt haben – ist die verbesserte Aufsicht der kommunalen Wirtschaftsunternehmen. Bisher können sich die Kommunen durch Privatisierung einzelner Aufgabenfelder der aufsichtlichen Finanzkontrolle weitgehend entziehen. Dass dieser Zustand nicht tragbar ist, wurde durch den „Lustreisen-Skandal“ bei den Wohnungsbauunternehmen des Bezirks Oberbayern erneut deutlich. Erst auf öffentlichen Druck hin hat der Bezirkstag entschieden, dass eine Prüfung durch den Kommunalen Prüfungsverband durchgeführt wird. Wirksame Kontrollmöglichkeiten, zum Beispiel durch den Kommunalen Prüfungsverband, müssen für alle Unternehmen, ob sie nun öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisiert sind, eine Selbstverständlichkeit werden.

Wir wollen, dass die sogenannten verbleibenden Überschüsse der Sparkassen an die Gewährträger abgeführt werden. Das ist ebenfalls einer der Anträge. Die Sparkassen können freiwillig einen Teil ihres Überschusses an ihre Gewährträger für gemeinnützige Zwecke abführen oder solche Beträge selber für diese Zwecke verwenden.

Die Abführung der Mittel an die Landkreise, Städte und Gemeinden soll nun die Regel sein. Diese Regelung wäre transparenter, da die demokratisch gewählten kommunalen Gremien über die Verwendung der Mittel entscheiden. Dies ist dann auch im Haushalt nachzulesen und bei den Haushaltsberatungen nachzuvollziehen. Es bleibt nicht mehr allein den Sparkassenvorstän-

den überlassen, ihre Wohltaten über das Land zu verteilen.

Ein weiterer Gesetzentwurf sieht vor, die Bürgerversammlungen für Jugendliche und Nicht-Unionsbürgerinnen und -bürger zu öffnen. In den Städten und Gemeinden soll die bisherige Bürgerversammlung – Bürger sind ja streng genommen nur die wahlberechtigten Einwohner und Einwohnerinnen – durch die Einwohnerversammlung ersetzt werden, in der nicht nur die Bürgerinnen und Bürger das Wort ergreifen können. Bei dieser Einwohnerversammlung hätten dann alle Gemeindegewohner Antrags-, Rede- und Stimmrecht. Es ist nicht einzusehen, dass Jugendliche und Nicht-Unionsbürgerinnen und -bürger ausgeschlossen bleiben sollen; denn sie sind von den gemeindlichen Entscheidungen in ihrem unmittelbaren Lebensbereich ebenso betroffen.

Der letzte Gesetzentwurf betrifft die Stärkung der Rechte der Münchner Bezirksausschüsse. Es ist zwar allgemein von den Bezirksausschüssen die Rede, es betrifft aber nur die Stadt München, da nur dort Bezirksausschüsse eingerichtet sind. Seit langem besteht aus den Reihen der Bezirksausschüsse der Wunsch, der vom Münchner Stadtrat unterstützt wird, dass laufende Angelegenheiten des Oberbürgermeisters auch im Vollzug auf die Bezirksausschüsse übertragen werden können.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Haedke?

Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Moment nicht.

Mit dieser kleinen Änderung der Gemeindeordnung, dass laufende Angelegenheiten der Oberbürgermeister auf die Bezirksausschüsse übertragen werden können, ist eine große Wirkung zu erzielen. Die Bezirksausschüsse könnten in ihrer Kompetenz gestärkt werden. Streitpunkt waren schließlich die Entscheidungen über die Baumfällanträge, die vor Ort bei denen, die sich mit den Örtlichkeiten genauer auskennen, wirklich besser angesiedelt sind. Was die Bezirksausschüsse angeht, geht es im Grunde um eine innerstädtische Angelegenheit, aber der Landtag muss eine kleine Änderung der Gemeindeordnung vornehmen.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage des Kollegen Haedke? – Bitte, Herr Kollege.

Haedke (CSU): Frau Kollegin, Sie wollen eine Änderung hinsichtlich der Bezirksausschüsse. Ich frage Sie: An wie viel Bezirksausschusssitzungen haben Sie denn schon teilgenommen, und wenn ja, in welchen Bezirksausschüssen? Das würde mich interessieren.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Bitte schön, Frau Kollegin.

Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Haedke, die Bezirksausschüsse sind sicher nicht der Nabel der kommunalen Welt.

(Haedke (CSU): Sie machen doch einen Gesetzesvorschlag!)

Wir haben aber ausreichend Kontakt zu unseren grünen Bezirksausschussmitgliedern, und ich habe die Debatte im Stadtrat genau verfolgt. Dies ist ein dringender Wunsch sowohl der Bezirksausschüsse als auch des Münchner Stadtrates. Wenn Sie meine kommunalpolitische Kompetenz anfragen, sage ich Ihnen, dass ich 15 Jahre in einem Gemeinderat nahe der Stadt München, nämlich im Gemeinderat von Pullach, gewesen bin und dass ich seit 1984 dem Kreistag München angehöre. Die Abläufe in der Kommunalpolitik sind mit denjenigen in den Bezirksausschüssen vergleichbar, wobei die Bezirksausschüsse immer noch viel zu wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, da sie über zu wenig Finanzmittel verfügen können.

Das grüne Kommunalpaket ist nach der Auswertung der Erfahrungen rot-grüner Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen entstanden. Gelegenheit, positive und negative Erfahrungen zu sammeln, hat es seit 1984 gegeben, seit wir in größerer Anzahl in den Kommunalparlamenten vertreten sind. Derzeit haben wir bayernweit gut 1100 Mandate, davon vier Bürgermeister, ein hauptamtlicher, drei nebenamtliche und einige Stellvertreter.

Die von der Landtagsfraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen gesetzlichen Rahmenbedingungen sollen einen einheitlichen Mindeststandard für die Informationspolitik, die Kontrolle und die Mitbestimmungsmöglichkeiten gewährleisten. Es geht nicht um einen Eingriff, sondern um eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Diese Mindeststandards sind im Sinne einer modernen Kommunalverwaltung; denn dort, wo offensive Informationspolitik erfolgt und die Voraussetzungen für wirksame Kontrollmechanismen geschaffen werden, wo Minderheitsfraktionen oder einzelne Ratsmitglieder in die Entscheidungsprozesse aktiv einbezogen werden, dort, wo die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen genau nachvollziehen können, erfährt die Kommunalpolitik auch bei umstrittenen Entscheidungen größere Anerkennung und breitere Zustimmung.

Wir haben ein sehr positives Wahlrecht auf der kommunalen Ebene; durch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens quer durch alle Listen ist es in starkem Umfang ein Persönlichkeitswahlrecht. Dies hat auch zur Folge, dass die einzelnen Kommunalparlamente sehr unterschiedlich zusammengesetzt sind. Wir haben auch sehr unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse. Dies ist der Grund, warum ich auch auf die Zustimmung der CSU im Landtag hoffe; denn mit den Mitteln, die jetzt noch möglich sind, können auch CSU-Fraktionen überstimmt und ausgegrenzt werden. Das sollten Sie im weiteren Verhandlungsverlauf in den Ausschüssen bedenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Volkmann.

Volkmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Optimismus von Frau Kollegin Tausendfreund hinsichtlich der Zustimmung der CSU. Das wird sich, denke ich, danach richten, ob die CSU darin einen Vorteil oder einen Nachteil sieht. Ich hoffe zumindest, dass sie darin auch einen Vorteil sieht. Aber das wird die Debatte im Kommunalausschuss zeigen.

Meine Damen und Herren, die Anträge, die eingebracht sind, verfolgen unter dem Titel „Stärkung der kommunalen Demokratie“ eine Ergänzung der Gemeindeordnung. Wir möchten dazu Folgendes ausführen:

Die Drucksache 14/3784 verfolgt zum einen das Ziel, ein Auskunftsrecht und ein umfangreiches Akteneinsichtsrecht zu gewähren, zum anderen, notwendige Unterlagen zur Sitzungsvorbereitung den Gemeinderäten jeweils gleichzeitig mit der Tagesordnung zur Verfügung zu stellen. Der zweite Teil, nämlich die notwendigen Unterlagen mit der Tagesordnung zu verschicken, erscheint durchaus sinnvoll und wird im Übrigen auch in vielen Gemeinden so gehandhabt. Aus diesem Grunde könnte eine solche Ergänzung durchaus sinnvoll sein. Anders verhält es sich vermutlich mit dem ersten Teil des Antrages, nämlich jedem Mitglied des Gemeinderates ein Recht auf Auskunft zu gewähren, ihm insbesondere eine umfangreiche Akteneinsicht zu geben. Dies kann problematisch sein.

Mit der Drucksache 14/3785 verfolgen Sie das Ziel, dass auch vorberatende Ausschüsse öffentlich tagen. In der Gemeindeordnung ist bisher tatsächlich festgehalten, dass nur beschließende Ausschüsse öffentlich tagen. Das, was Frau Tausendfreund vorgetragen hat, erscheint in vielerlei Hinsicht durchaus plausibel, darüber sollte man nachdenken und im zuständigen Ausschuss dann zu einem hoffentlich möglichst vernünftigen Ergebnis kommen.

Der wesentliche Teil Ihrer Gesetzentwürfe betrifft die Drucksachen 14/3786 bis 14/3789. Darin verfolgen Sie das Ziel, dass bei allen Ausschussbesetzungen, bei den Besetzungen in Zweckverbänden, bei Aufsichtsgremien in Wirtschaftsunternehmen der Gemeinden und der Städte und bei den Sparkassen jeweils das Verfahren nach Hare-Niemeyer zur Anwendung kommt.

Die Gemeindeordnung stellt es den einzelnen Gemeinden bisher frei, nach welcher der beiden Methoden, Hare-Niemeyer oder d'Hondt, verfahren werden soll, und das kann eine durchaus sinnvolle Regelung sein. Die Rechtsprechung hat beide Methoden ausdrücklich als zulässig anerkannt. Es wird die Frage sein, ob es sehr große Unterschiede gibt. In jedem Fall ist der Unterschied nicht so eminent. Wenn in einer Stadt wie München mit 80 Stadträten zum Beispiel der Rechnungsprüfungsausschuss 5 Mitglieder hat, dann sind eben nur CSU und SPD im Ausschuss vertreten unabhängig von der Frage, welche Methode man zur Anwendung kommen lässt.

Interessant ist vor allen Dingen Ihr Antrag auf der Drucksache 14/3792. Sie wollen in Artikel 18 der Gemeindeordnung den Begriff „Bürgerversammlung“ durch „Einwohnerversammlung“ ersetzen. Das hätte, wie Sie schon ausgeführt haben, zur Folge, dass beispielsweise Jugendliche zur Wort kommen könnten, aber natürlich auch Ausländer, die nicht aus Staaten der Europäischen Union kommen.

Rechtliche Bedenken dagegen gibt es sicherlich nicht, umso weniger, als die Bürgerversammlung – oder dann Einwohnerversammlung – ohnehin keine Befugnisse für Sachentscheidungen hat. Das Argument in der Begründung des Antrags, die Beteiligung von Jugendlichen am politischen Willensbildungsprozess einer Gemeinde könne die Jugendlichen schon früher mit Politik in Berührung bringen und dadurch der Politikverdrossenheit vorbeugen oder entgegenwirken, erscheint durchaus plausibel.

Die weitere Begründung, dass ausländische Mitbewohner dadurch besser integriert werden könnten, kommt den Absichten der CSU sicher im vollen Umfang entgegen. Denn die CSU hat bereits bei ihrer Unterschriftenaktion vor über einem Jahr ausdrücklich an den Anfang des Textes gestellt, dass die Integration von Ausländern gewünscht sei. Wenn die CSU also die damalige Aktion und das Ziel der Integration von Ausländern ernst gemeint hat, dann wird sie sicherlich schon aus diesem Grunde dem Antrag der GRÜNEN zustimmen. Wir Sozialdemokraten haben damit jedenfalls keine Schwierigkeiten.

Schließlich komme ich zur Drucksache 14/3793. Darin verlangen die GRÜNEN eine Stärkung der Rechte der städtischen Bezirksausschüsse. Das finden wir verständlicherweise äußerst erfreulich, schon deshalb, weil wir erst vor wenigen Monaten einen inhaltlich ähnlichen Antrag eingereicht hatten. In erster Linie geht es darum, dem städtischen Bezirksausschuss erweiterte Kompetenzen zu übertragen, das heißt, auch die Übertragung solcher Angelegenheiten rechtlich zulässig, – nicht zwingend – zu machen, die die Geschäfte der laufenden Verwaltung betreffen. Damals hat die CSU unseren Antrag abgelehnt. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass das lediglich die Städte München und Ingolstadt betrifft. Gleichwohl würde es in dieser Städte sicherlich zu einer Verbesserung der Situation führen.

Ich habe gedacht, dass mich an dieser Stelle der Herr Haedke fragen würde, in wie vielen Bezirksausschusssitzungen ich gewesen bin.

(Heiterkeit der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

Das hätte ganz gut gepasst, weil ich da sehr häufig war.

(Heike (CSU): Hat aber nichts genützt! – Herrmann (CSU): Herr Haedke stellt eben nur sinnvolle Fragen!)

– Darüber lässt sich nun wirklich trefflich streiten. Ich finde, Herr Kollege, die Parteilichkeit sollte schon manchmal Grenzen haben. Zumindest sollte dort die

Grenze beachtet werden, wo eine wirklich unbehelfliche Frage nicht noch ausdrücklich als sinnvoll bezeichnet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke, Sie haben wenigstens ab und zu mal Gelegenheit, das anders zu sehen.

Wir haben im Ausschuss dieses Thema behandelt. Ihr Kollege Herrmann hat bereits ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es durchaus sinnvoll sein kann, vom Subsidiaritätsprinzip Gebrauch zu machen, das heißt Entscheidungen auf eine untere Ebene zu verlagern, die bisher auf einer oberen Ebene stattgefunden haben. Ich denke, Sie sind vielleicht etwas offener, als es nach außen den Eindruck gemacht hat. Jedenfalls kann die CSU diese Möglichkeit einer erneuten Entscheidungsfindung durchaus erfreut zum Anlass nehmen, über die Angelegenheit nicht nur noch einmal nachzudenken, sondern auch zu einer neuen Betrachtung und Entscheidung zu kommen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich freue mich jetzt schon auf die nächste Diskussion über den Amphibien-schutz und die Frage, wer dann reden darf. Aber jetzt hat Herr Kollege Heike das Wort.

Heike (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Lassen Sie mich zunächst etwas zu den Aussagen des Kollegen Volkmann sagen.

Es mag vielleicht bei Ihnen so üblich sein, dass Sie Ihre Entscheidung danach richten, was Ihnen oder Ihrer Partei gerade gefällt. Wir wollen Vor- und Nachteile abwägen und uns nicht hinstellen und sagen: Nur weil es die anderen so machen, wollen wir es anders machen. Eine bürgerfreundliche Demokratie sollte unsere Messlatte sein, Herr Kollege Volkmann. Diese werden wir anlegen. Ich hoffe, wir tun es dann im Ausschuss gemeinsam.

Es ist auch nicht so – da sind Sie doch etwas sehr kurz gesprungen –, dass Integration durch Bürgerversammlungen und Ähnliches hervorgerufen wird. Das ist mit Sicherheit viel zu klein und zu eng gesehen. Damit werden Sie keine Integration machen, damit wird höchstens etwas mehr geredet, aber nichts erreicht.

Sie reden von der Subsidiarität. Sie haben zitiert, was Kollege Herrmann gesagt hat. Subsidiarität ist die Entscheidung auf unterer Ebene, das ist richtig. Wir sehen auf der unteren Ebene das gewählte Gremium Gemeinderat, Stadtrat oder eben auch Kreistag. Das ist dann auch wohlverstandene und richtige Subsidiarität.

Meine Damen und Herren, wir haben heute einen Gesetzentwurf vor uns, ein Konvolut aus verschiedenen Überlegungen mit einem wunderschönen Schlagwort – da beneide ich Ihren Erfindungsreichtum, Frau Kollegin Tausendfreund –: Kommunale Demokratie stärken. Das

hört sich wunderbar an, und da sind wir auch alle einer Meinung. Aber der Weg, den Sie dann aufzeigen, ist keine Stärkung, sondern eine Sackgasse, und da wollen wir nicht mitgehen.

Ich fange mit Ihren Vorschlägen an, zunächst einmal: Informationsrecht für kommunale Abgeordnete. Das ist sicherlich richtig, aber das ist nichts Neues. Das gibt es bereits.

Ich muss Sie fragen: Was haben Sie für Erfahrungen mit Bürgermeistern und Landräten, wenn diese sich weigern, ihren eigenen Mitgliedern die entsprechenden Informationen zu geben und was sind das dann für Kreis-, Gemeinde- oder Stadträte, die nicht willens, nicht Manns oder Frau genug sind, sich diese Informationen zu holen? Das Recht ist unbestritten. Für mich ist es jedenfalls kein Problem – und ich mache das Geschäft mittlerweile weit über 20 Jahre –, mir die Informationen zu holen und notfalls auch sehr deutlich zu sagen – schließlich gibt es den Artikel 23 der Landkreisordnung –, dass das Auskunftsrecht auch Akteneinsicht beinhaltet. Das lasse ich mir nicht nehmen. Da gehe ich eben hin, und notfalls lasse ich mich von meiner Fraktion dazu beauftragen. Dann kriege ich, was ich will, nämlich die Information, die wir brauchen. Aber das kostet halt ein bisschen Arbeit, Sachverstand und Sachkenntnis, die man natürlich haben muss.

Der zweite Punkt: die Gleichstellung von vorberatenden Ausschüssen. Was Sie hier fordern, ist meines Erachtens ein Eingriff in das Recht des jeweiligen Gemeinderates, Stadtrates oder Kreistages, sich seine Regeln selbst zu geben. Es muss Spielraum gegeben sein. Auch hier kann ich wieder nur sagen: Häufig ist es besser, wenn solche Dinge erst einmal nichtöffentlich vorberaten werden. Es ist auch sachdienlich, wenn nicht nur geredet wird, sondern auch einmal zur Sache gesprochen wird. Dadurch kann man manches Mal schnellere und sachgerechtere Lösungen erreichen.

Warum muss bei Ihnen eigentlich alles gesetzlich normiert werden? Warum wollen Sie die kommunale Selbstverwaltung noch mehr aushöhlen? Warum bleiben Sie nicht dabei, sich selbstbewusste kommunale Räte zu suchen, die dann entsprechend arbeiten?

Das Nächste: Bildung und Besetzung von Ausschüssen. Auch hier ist das, was Sie vorhaben, ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen. Ich muss Ihnen ganz deutlich sagen, ich halte das für falsch. Ich bin dagegen, dass wir alles von oben herab regeln und denjenigen, die eigentlich die Verantwortlichen sind, die Verantwortung wegnehmen. Diese Bevormundung haben unsere Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte einfach nicht verdient.

Zur Umbildung von Ausschussgemeinschaften sage ich Ihnen klipp und klar: Mit uns wird es keine Zustimmung für ein Grundmandat geben, weil das verfassungsrechtlich nicht zulässig ist. Die Ausschüsse sollen – und das wollen wir weiterhin so halten – die Mehrheitsverhältnisse und damit den Wählerwillen darstellen. Das ist für uns Demokratie und nicht, durch wechselnde Mehrheiten mal hier und mal dort eine Gruppe zusammenzu-

schließen. Damit würde nämlich dem Zufall und nicht mehr der demokratischen Entscheidung Tür und Tor geöffnet, und das wollen wir mit Sicherheit nicht.

Das Gebot der Spiegelbildlichkeit wird auch für kleinere Gruppen gelten. Diese haben ein Mitspracherecht, wenn sie gewählt werden. Aber eines wollen wir von der CSU mit Sicherheit nicht, nämlich dass der Schwanz mit dem Hund wedelt. Das werden wir zu verhindern wissen.

Zur Repräsentation in den Zweckverbänden kann ich nur sagen, anscheinend haben Sie hierzu keine genaueren Überlegungen angestellt, denn Sie können doch nicht ernsthaft, wie in Ihrem Vorschlag vorgesehen, eine Verwaltungsgemeinschaft und deren Reglementierungen mit einem Zweckverband vergleichen. Der Zweckverband hat eine Verbandsversammlung und im Übrigen keine Repräsentationsfunktion, er hat wirtschaftliche Leistungen zu lenken. Hier geht es um schnelle und erfolgreiche Entscheidung und Steuerung. Dazu ist mit Sicherheit keine Repräsentation, wie Sie sie vorschlagen, notwendig.

Frau Kollegin Tausendfreund, hinsichtlich der Einwohnerversammlungen scheinen Sie erneut das Rad zu erfinden. Herr Kollege Volkmann hat darauf hingewiesen. Im Rahmen der Behandlung der Drucksache 14/1588 haben wir schon einmal breit über das Thema diskutiert. Das Ergebnis hat Herr Kollege Volkmann richtig zitiert. Ich bin nicht bereit, zuzustimmen, dass wir in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen eingreifen. Damit verhelfen wir dem Bürger nicht zu besseren Entscheidungen. Auch das Ehrenamt wird nicht aufgewertet. Im Gegenteil: Verantwortung übernimmt derjenige, der sich wählen lässt. Spätestens dann, wenn er sich zur Wiederwahl stellt, muss er für das, was er vorher getan hat, die Verantwortung übernehmen. Allein sich einmal zu treffen und zu sagen, man will das so oder so, reicht nicht, ist kein Highlight der Demokratie und dient nicht der tatsächlichen demokratischen Mehrheitsfindung in einem Gremium.

Der letzte vorliegende Gesetzentwurf betrifft die Bezirksausschüsse. Die Frage von Herrn Kollegen Haedke war gar nicht so falsch, denn offensichtlich ist diesbezüglich nicht alles klar bzw. richtig angekommen. Zum Thema gibt es bereits einen Antrag von Ihrer Partei, Herr Kollege Volkmann, auf Drucksache 14/2904. Ich bitte darum – wir werden uns im Ausschuss ausführlich damit beschäftigen –, zu überlegen, was wir damit erreichen: eine Zersplitterung der Entscheidungskompetenzen und eine Störung des einheitlichen Verwaltungskonzepts. Die Verwaltungsvereinfachung wird unterlaufen, und es muss womöglich eine zusätzliche Verwaltung geschaffen werden. Frau Kollegin, wollen Sie das wirklich? Wir haben lange darüber diskutiert und sind für eine solche Art der Pseudodemokratie nicht zu haben.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch zwei Sätze zu dem sagen, was ich hinter dem ganzen, wunderschön aufgemachten Päckchen sehe, nämlich eine Mogelpackung, die letztlich – ich muss es deutlich sagen – unter dem Deckmantel des Minderheitenschutzes nur eines will. So wie wir es in Berlin sehen, sehen wir es auch hier: Seit GRÜNE Regierämter innehaben, haben

sie einen erstaunlichen Drang zu den Futterkrippen entwickelt. Es besteht kein Bedürfnis nach besserer Kontrolle, sondern es geht einfach um den Hang, einigen Freunden kleine Freundlichkeiten in Form von Aufsichtsratssitzen, Mitgliedschaften in Zweckverbänden und ähnlichem zukommen zu lassen. So werden Sie mit Sicherheit weder die Demokratie stärken noch uns überzeugen können, dass wir mit Ihnen gemeinsam diesen Weg gehen.

Wenn Sie den Minderheitenschutz anmahnen, sage ich Ihnen, dieser ist wichtig und wird von uns ernst genommen. Aber machen Sie es doch ganz einfach: Schaffen Sie sich möglichst viele Wähler durch eine gute, vertrauensvolle Arbeit. Dann werden Sie über die Diskussion zum Minderheitenschutz wahrscheinlich schnell hinwegkommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2 i

Antrag der Staatsregierung

Vertrag vom 3. Juni 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über das Grenzurkundenwerk der gemeinsamen Staatsgrenze (Drucksache 14/3953)

– Erste Lesung –

Der Vertrag wird von Seiten der Staatsregierung nicht begründet. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Vertrag dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Ich sehe, damit besteht Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 17

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 63 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Über die Listennummern 8, 16, 26 und 29 soll gesondert abgestimmt werden, da zu den nach der Geschäftsordnung jeweils der Abstimmung zugrunde zu legenden Beschlussempfehlungen der Ausschüsse kein Votum der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorliegt.

Ich lasse zunächst über Listennummer 8, das ist der Antrag der Abgeordneten Egleder, Leichtle, Straßer und anderer (SPD), Rückführung von Darlehensrückflüssen bei der Förderung von Investitionsmaßnahmen der Sportvereine in die Haushalte des BLSV (Drucksache 14/2058), abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auf Drucksache 14/3873 die Ablehnung. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und Herr Kollege Ritter. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Knauer (CSU): Stimmenthaltungen!)

– Herr Kollege Knauer macht mich darauf aufmerksam, dass ich nach Enthaltungen fragen muss. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Listennummer 16. Das ist der Antrag der Abgeordneten Dinglreiter, Lode und anderer (CSU), Umschlagterminal ins Güterverkehrszentrum Hafen Nürnberg verlagern (Drucksache 14/3162). Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 14/3952 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich lasse über die Listennummer 26 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Dr. Heinz Köhler und Schläger (SPD), Schaffung zusätzlicher Finanzinstrumente für den Grenzraum im Hinblick auf die Osterweiterung der EU (Drucksache 14/3358). Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insofern auf die Drucksache 14/3949. Wer dem Antrag mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Ebenfalls keine. Dann ist der Antrag so beschlossen.

Ich lasse noch über die Listennummer 29 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Kaul, Göppel, Hofmann und anderer (CSU), Schutz von Großvögeln vor Stromtod (Drucksache 14/3372). Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 14/3964 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist so beschlossen.

Abweichend von der grundsätzlichen Regelung, nach der der Abstimmung über Anträge, die nicht einzeln beraten werden, die Beschlussempfehlungen der jeweils federführenden Ausschüsse bzw. die abweichenden Vorschläge des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde zu legen sind, soll

auf Antrag der Fraktion der CSU bei Listennummer 11, das ist der Antrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Münzel und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Tiererschutz ins Grundgesetz (Drucksache 14/2945), über das Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten auf Drucksache 14/3828 abgestimmt werden. Die Voten der Ausschüsse zu den übrigen Anträgen liegen Ihnen vor. Besteht damit Einverständnis, dass bei Listennummer 11 die Empfehlung des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und im Übrigen die Ausschussfassungen entsprechend § 132 Absätze 3 und 4 der Geschäftsordnung der Abstimmung zugrunde gelegt werden? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist so beschlossen.

Wer hinsichtlich Listennummer 11 seinem Abstimmungsverhalten bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im mitberatenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und in den übrigen Fällen dem entsprechenden Abstimmungsverhalten in den jeweils federführenden Ausschüssen bzw. im mitberatenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen beitreten will, den bitte ich um das Handzeichen. – Soweit ich sehe, sind das alle Kolleginnen und Kollegen im Haus. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Dann ist so beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

(siehe Anlage)

Kolleginnen und Kollegen, da die Behandlung nach meiner Kenntnis ohne Aussprache möglich ist, rufe ich noch auf:

Tagesordnungspunkt 15

Antrag der Abgeordneten Glück, Herrmann, Weinhofer und anderer und Fraktion (CSU)

Renate Schmidt, Dr. Ritzer, Dr. Hahnzog und anderer und Fraktion (SPD)

Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drucksache 14/3880)

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf Drucksache 14/3998. Wer dem Antrag mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Somit ist die Änderung der Geschäftsordnung so beschlossen.

Eine Zweite Lesung zu beginnen macht wenig Sinn. Ich schließe deshalb die heutige Sitzung und wünsche einen vergnüglichen Abend. Die Busse fahren ab 18 Uhr.

(Schluss: 17.21 Uhr)

Anlage zur Tagesordnung der 43., 44. und 45. Plenarsitzung: (Tagesordnungspunkt 17)

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 63 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Kennzeichnung mit [X] = abweichendes Votum bei der Mitberatung, soweit bei Versand der Tagesordnung die Beschlussempfehlungen und Berichte vorlagen

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. April 2000 (Vf. 3-V-00) betreffend

Vorlagebeschluss des Bayerischen Verwaltungsgewichtshofs vom 16. März 2000 auf Prüfung der Verfassungsmäßigkeit

1. des Zustimmungsbeschlusses des Bayerischen Landtags vom 12. Dezember 1991 (GVBl. S. 451, BayRS 2251-6-S), soweit er § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 4 des Rundfunkgebührenstaatsvertrags (Art. 4 des Staatsvertrags über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31. August 1991, GVBl. S. 472) betrifft,
2. des § 3 Satz 5 der Verordnung über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht vom 21. Juli 1992 (GVBl. S. 254, BayRS 2251-3-1-1-S)

AIII/G-1310/00-5
Drs. 14/3984 (E)

Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichtersteller: **Dr. Merkl**
Mitberichtersteller: **Güller**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. Mai 2000 (Vf. 6-VII-00) betreffend

Antrag des Herrn Hans-Georg Geist, 63755 Alzenau, vom 18. Mai 2000 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 2 Nrn. 1 und 2, des § 3 Abs. 3 und des § 5 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS/EWS) der Stadt Alzenau vom 24. November 1994 (ABI ?), geändert durch Satzung vom 24. Oktober 1995 (ABI Nr. 25 S. ?)

AIII/G-1310/00-9
Drs. 14/3983 (E)

Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichtersteller: **Eck**
Mitberichtersteller: **Güller**

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 13.06.2000 (2 BvF 1/00) betreffend Verfahren über den Antrag festzustellen,

1. dass Art. 78 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 (GVBl I S. 229), letztmals geändert durch Gesetz vom 20. März 1991 (GVBl S. 102), mit Art. 28 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar ist, soweit für die Prüfung der Wahlen zum Hessischen Landtag bestimmt ist, dass „gegen die guten Sitten verstoßende Handlungen, die das Wahlergebnis beeinflussen“, die Wahl „im Falle der Erheblichkeit für den Ausgang der Wahl“ ungültig machen,
2. dass Art. 78 Abs. 3 der Verfassung des Landes Hessen und das Hessische Wahlprüfungsgesetz vom 5. August 1948 (GVBl S. 93, berichtigt S. 137), geändert durch Gesetz vom 4. Juli 1962 (GVBl 1962, S. 314), mit Art. 20 Abs. 2 Satz 2, Art. 92, Art. 97 Abs. 1, Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG in Verbindung mit Art. 19 Abs. 4, Art. 28 Abs. 1 GG und dem Rechtsstaatsprinzip insofern nicht vereinbar sind, als das Wahlprüfungsgericht beim Hessischen Landtag neben den beiden höchsten Richtern des Landes mit drei vom Landtag gewählten Abgeordneten besetzt ist (Art. 78 Abs. 3 HessVerf, §§ 1, 2 Wahlprüfungsg) und seine Entscheidungen durch Urteil trifft, das mit seiner Verkündung rechtskräftig wird (§ 17 Wahlprüfungsg)

und dass die genannten Vorschriften daher im Umfang der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz nichtig sind.

AII/G-1320/00-1
Drs. 14/3982 (E)

Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichterstatte(r): **Dr. Merkl**
Mitberichterstatte(r): **Güller**

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sozialbericht Bayern – Neue Impulse für Chancengleichheit (4)
Schulsozialarbeit
Drs. 14/1735, 14/3933 (A) [X]
- Im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen waren
Berichterstatte(r): **Kellner**
Mitberichterstatte(r): **Sackmann**
5. Antrag der Abgeordneten Kellner, Köhler Elisabeth, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sozialbericht Bayern – Neue Impulse für Chancengleichheit (6)
Analphabetismus
Drs. 14/1737, 14/3957 (E)
6. Antrag der Abgeordneten Kellner, Köhler Elisabeth, Schopper u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sozialbericht Bayern – Überschuldung vermeiden – Perspektiven eröffnen
Schulische Prävention gegen Überschuldung
Drs. 14/1738, 14/3956 (E)
7. Antrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Runge und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beseitigung von Mängeln bei Wohnungen der LWS
Drs. 14/1757, 14/3874 (E)
8. Antrag der Abgeordneten Egleder, Leichtle, Straßer u.a. SPD
Rückführung von Darlehensrückflüssen bei der Förderung von Investitionsmaßnahmen der Sportvereine in die Haushalte des BLSV
Drs. 14/2058, 14/3873 (A)
- Im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen waren
Berichterstatte(r): **Voget**
Mitberichterstatte(r): **Sackmann**
9. Antrag der Abgeordneten Sinner, Brosch, Meißner u.a. CSU
NEUE SOZIAL- UND BÜRGERKULTUR
„Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags“
Drs. 14/2366, 14/3986 (E)
10. Antrag der Abgeordneten Peters, Irlinger u.a. SPD
Änderung der Richtlinien für Fahrkostenzuschüsse an Auszubildende
Drs. 14/2529, 14/3938 (E)
11. Antrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tierschutz ins Grundgesetz
Drs. 14/2945, 14/3828 (ENTH) [X]
12. Antrag des Abgeordneten Hartenstein
Europäisches Patentamt – Versehentliche Patentierung des Verfahrens der Entnahme von menschlichen Embryozellen und deren gentechnische Veränderung
Drs. 14/3025, 14/3939 (A)
- Im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichterstatte(r): **Kellner**
Mitberichterstatte(r): **Dr. Söder**
13. Antrag der Abgeordneten Dr. Jung, Prof. Dr. Gantzer, Möstl SPD
Öffentlichkeitsarbeit für das Landesamt für Verfassungsschutz
Drs. 14/3063, 14/3845 (A)
- Im federführenden Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit waren
Berichterstatte(r): **Prof. Dr. Gantzer**
Mitberichterstatte(r): **Hözl**
14. Antrag der Abgeordneten Sinner, Mirbeth, Schreck u.a. CSU
NEUE SOZIAL- UND BÜRGERKULTUR
Mehr Selbständige in Bayern
Drs. 14/3159, 14/3952 (E)
15. Antrag der Abgeordneten Sinner, Mirbeth, Schreck u.a. CSU
NEUE SOZIAL- UND BÜRGERKULTUR
Abbau der Staatsquote und des Staatsinterventionismus
Drs. 14/3160, 14/3941 (E)
16. Antrag der Abgeordneten Dingreiter, Lode u.a. CSU
Umschlagterminal ins Güterverkehrszentrum Hafen Nürnberg verlagern
Drs. 14/3162, 14/3942 (E)
17. Antrag der Abgeordneten Sinner, Mirbeth, Schreck u.a. CSU
NEUE SOZIAL- UND BÜRGERKULTUR
Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft
Drs. 14/3183, 14/3943 (G)
- Im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichterstatte(r): **Dodell**
Mitberichterstatte(r): **Mommel**
18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Paulig, Gote, Schammann und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Keine Patentierung von Leben!
Drs. 14/3199, 14/3946 (A)

- Im federführenden Ausschuss für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichterstatlerin: **Kellner**
Mitberichterstatler: **Dr. Söder**
19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fortschreibung des Schienennahverkehrsplanes
Drs. 14/3201, 14/3947 (E)
20. Antrag der Abgeordneten Hölzl, Loscher & Frühwald, Dr. Wilhelm u.a. CSU
Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz
Drs. 14/3288, 14/3811 (ENTH)
21. Antrag der Abgeordneten Loscher & Frühwald, Ranner, Zeller u.a. CSU
WTO-Verhandlungen – Agrarbereich
Drs. 14/3328, 14/3971 (ENTH)
22. Antrag des Abgeordneten Traublinger CSU
Änderung des Bau- und Raumordnungsgesetzes
Drs. 14/3329, 14/3967 (G) [X]
- Im federführenden Ausschuss für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichterstatler: **Rotter**
Mitberichterstatler: **Nentwig**
23. Antrag der Abgeordneten Starzmann, von Truchseß u.a. SPD
Ausschank von bayerischen Weinen bei öffentlichen Anlässen
Drs. 14/3350, 14/3778 (E)
24. Antrag der Abgeordneten Schläger, Wahnschaffe, Werner & Muggendorfer u.a. SPD
Anbindung des Flughafens München an das überregionale Eisenbahnnetz
Drs. 14/3351, 14/3948 (E)
25. Antrag der Abgeordneten Dr. Köhler Heinz u.a. SPD
Erhöhung der Mittel an die EUREGIOS in eigener Verantwortung
Drs. 14/3353, 14/3846 (A)
- Im federführenden Ausschuss für
Bundes- und Europaangelegenheiten waren
Berichterstatler: **Dr. Köhler Heinz**
Mitberichterstatler: **Kobler**
26. Antrag der Abgeordneten Dr. Köhler Heinz, Schläger SPD
Schaffung zusätzlicher Finanzinstrumente für den Grenzraum im Hinblick auf die Osterweiterung der EU
Drs. 14/3358, 14/3949 (E)
27. Antrag der Abgeordneten Kaul, Ach, Dinglreiter u.a. CSU
Bahnstrecken in Unterfranken;
Fernverkehrshaltepunkt
Drs. 14/3361, 14/3950 (E)
28. Antrag der Abgeordneten Loscher & Frühwald, Ranner u.a. CSU
Auswirkungen der Kürzungen bei Gasölbeihilfe, agrarsoziales Sicherungssystem und Ökosteuer auf die bayerische Landwirtschaft
Drs. 14/3362, 14/3974 (E)
29. Antrag der Abgeordneten Kaul, Göppel, Hofmann u.a. CSU
Schutz von Großvögeln vor Stromtod
Drs. 14/3372, 14/3964 (E)
30. Antrag der Abgeordneten Dinglreiter, Lode u.a. CSU
Finanzierungsvereinbarung der Bahnstrecke München – Mühldorf – Freilassing unterzeichnen
Drs. 14/3375, 14/3951 (E)
31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Zeller u.a. und Fraktion CSU
Zentralistische Planvorgaben des Gipfels von Lisabon
Drs. 14/3387, 14/3847 (G)
- Im federführenden Ausschuss für
Bundes- und Europaangelegenheiten waren
Berichterstatler: **Ettengruber**
Mitberichterstatler: **Dr. Köhler Heinz**
32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Köhler Elisabeth, Schopper und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bericht zu den Plänen bezüglich des Familiengeldes
Drs. 14/3389, 14/3815 (A)
- Im federführenden Ausschuss für
Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik waren
Berichterstatlerin: **Schopper**
Mitberichterstatler: **Unterländer**
33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schmidt Renate, Radermacher, Irlinger und Fraktion SPD
Erhöhung der Abiturientenquote in Bayern
Drs. 14/3391, 14/3955 (A)
- Im federführenden Ausschuss für
Bildung, Jugend und Sport waren
Berichterstatler: **Egleder**
Mitberichterstatler: **Sibler**
34. Antrag der Abgeordneten Glück, Sinner, Unterländer u.a. CSU
NEUE SOZIAL- UND BÜRGERKULTUR
Entwicklung eines Bayern-Netzwerkes „Bürgerengagement“
Drs. 14/3392, 14/3814 (E)
35. Antrag der Abgeordneten Loscher & Frühwald, Ranner u.a. CSU
Wettbewerbsverzerrung beim Agrardiesel
Drs. 14/3393, 14/3972 (E)

36. Antrag der Abgeordneten Zeller u.a. CSU
Sicherung der künftigen EU-Aussengrenzen
Drs. 14/3462, 14/3848 (G)

Im federführenden Ausschuss für
Bundes- und Europaangelegenheiten waren
Berichterstatter: **Meißner**
Mitberichterstatter: **Möstl**

37. Antrag der Abgeordneten Loscher & Frühwald,
Ranner, Zengerle u.a. CSU
Nachweis der Milchquote beim AFP-Programm
Drs. 14/3469, 14/3973 (E)

38. Antrag der Abgeordneten Kreidl, Schneider Siegfried CSU
Bonusregelung für die befristete Anstellung von
Lehrkräften
Drs. 14/3798, 14/ ÖD (E)
Beschlussempfehlung und Bericht wird verteilt

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück,
Dr. Eykmann, Heckel u.a. und Fraktion CSU
Keine Entkoppelung der Beamtenbesoldung vom
Tarfbereich des öffentlichen Dienstes
Drs. 14/3857, 14/3976 (E)

Antrag, bei dem gemäß § 132 Abs. 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen der Abstimmung zugrundegelegt ist:

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schmidt Renate, Radermacher, Pranghofer u.a. und Fraktion SPD
Initiative zur Behebung des gravierenden Mangels an Computerspezialisten
Drs. 14/3192, 14/3944 (E) [X]